Plenarprotokoll 14/238

# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

## 238. Sitzung

**Berlin, Mittwoch, den 5. Juni 2002**

**I n h a l t :**

(A) (C)

# 238. Sitzung

## Berlin, Mittwoch, den 5. Juni 2002

Beginn: 13.00 Uhr

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Befragung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettssitzung mitgeteilt: **Internationales Jahr der Freiwilligen.**

Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Edith Niehuis.

(B)

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Danke schön, Frau Präsidentin. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 liegt nun hinter uns. Es hat viele Ergebnisse mit positiven Auswirkungen auf die Zukunft unserer Gesellschaft gebracht. Der Abschlussbericht liegt vor und wurde heute im Kabinett behandelt.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hatte 1997 beschlossen, das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen zu machen. 123 Länder hatten sich in einer gemeinsamen Erklärung auf vier Ziele zur Förderung des freiwilligen Engagements verpflichtet: Erstens. Der wichtige und unverzichtbare Beitrag des freiwilligen Engagements für die gesellschaftliche Wohlfahrt sollte größere Anerkennung finden. Zweitens. Die Aktivitäten der Freiwilligen sollten eine stärkere Unterstützung durch Staat, Gesellschaft und Wirtschaft erfahren. Drittens. Eine stärkere Vernetzung von Aktivitäten sowie der Wissensaustausch sollten die Effektivität des bürgerschaftlichen Engagements erhöhen. Das Zusammenspiel dieser drei Hauptziele sollte in den Ländern zu einer Stärkung des freiwilligen Engagements führen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das ist Theorie!)

Wir haben in unserem federführenden Ministerium eine Projektgruppe gebildet, und es wurde ein Nationaler Beirat eingerichtet. Träger dieses Nationalen Beirats war der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge. In diesem Nationalen Beirat saßen Vertreterinnen und Vertreter der bundesweiten Träger des freiwilligen Engagements und ihrer Zusammenschlüsse, wie zum Beispiel Wohlfahrtsverbände, Jugend- und Frauenverbände, Freiwilligenagenturen, Stiftungen, Kirchen, Medien, Bund, Länder und Kommunen. Der Nationale Beirat hat sieben Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen gebildet, wie zum Beispiel Arbeit und Wirtschaft, Öffentlichkeitsarbeit, Bildung und Ausbildung.

Der Deutsche Bundestag hat dankenswerterweise bereits Ende 1999 entschieden, eine Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ einzurichten. Mit ihr haben wir ständig eine intensive Zusammenarbeit gepflegt.

(D)

Das freiwillige Engagement ist in Deutschland während des Internationalen Jahres zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden und war Gegenstand vielfältiger Diskussionen. Für die Verbreitung der Ziele des IJF wurde vor allem das Internet genutzt. Ende 2001 hatten sich auf der Website „freiwillig.de“ 365 bundesweite Organisationen mit ihren Veranstaltungen eingetragen. 2001 gab es insgesamt 2 398 980 Zugriffe auf diese Website. Debatten zur Bürgergesellschaft und zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements wurden weitergeführt. Dabei standen nachhaltige Infrastrukturförderung und neue Kooperationen mit der Wirtschaft häufig im Mittelpunkt der Diskussionen.

Im Rahmen des Internationalen Jahres der Freiwilligen wurde vielfach Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Dazu gehörte auch die Wanderausstellung „Freiwillig für mich, für uns, für andere“. Es gab davon sieben Exemplare; im Jahre 2001 wurde sie 120-mal eingesetzt. Für das Jahr 2002 gibt es bereits 60 Buchungen. Ich möchte mich bei all den Abgeordneten bedanken, die diese Wanderausstellung in ihre Wahlkreise geholt haben. Ich denke, das hat mitgeholfen, das Internationale Jahr der Freiwilligen noch bekannter zu machen.

Der im Jahre 2000 veröffentlichte Freiwilligensurvey, eine von uns finanzierte repräsentative Studie, zeigt, dass sich 34 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, also rund 22 Millionen Menschen, bürgerschaftlich engagieren.

**Parl. Staatssekretärin Dr. Edith Niehuis**

Nach diesem Survey gibt es neben den 22 Millionen Engagierten weitere 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die bereit wären, sich in irgendeinem Bereich zu engagieren. Das heißt, wir können auf das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland stolz sein. Das betone ich bewusst, weil viele einen Blick über die Grenzen werfen und meinen, in anderen Ländern gäbe es ein größeres Engagement. Nein, auch bei uns gibt es in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen ein vorzeigbares bürgerschaftliches Engagement. Auf den Bereich Sport und Bewegung entfallen allein 22 Prozent des Engagements, auf die drei anderen großen Bereiche Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik sowie Schulen und Kindergärten durchschnittlich 10 Prozent. Insgesamt entfallen auf diese vier Bereiche rund 55 Prozent des Engagements.

Das Engagement von Kindern und Jugendlichen verdient unter dem Aspekt der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements besondere Aufmerksamkeit. Kinder und Jugendliche sind eine wichtige Gruppe der Engagierten. Sie betätigen sich in Vereinen, Verbänden, Projekten und informellen Gruppen und übernehmen dabei Verantwortung für sich selbst und andere. Engagement und Engagementbereitschaft von Kindern und Jugendlichen stellen die Basis für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft dar. Nach den Ergebnissen des Freiwilligensurvey ist die Gruppe der 14- bis 24-Jährigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mit einer Quote von 37 Prozent sogar in überdurchschnittlichem Maße engagiert. Jugendliche sind in einem erheblichen Umfang und mit beachtlicher Intensität in vielfältigen Feldern am bürgerschaftlichen Engagement beteiligt. Ich meine, wir sollten uns größere Mühe geben, dieses differenzierte Bild der Jugendlichen auch in der Öffentlichkeit und in den Medien offensiver zu transportieren.

In dieser Wahlperiode war es auch ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, die individuellen und institutionellen Rahmenbedingungen des freiwilligen und des bürgerschaftlichen Engagements zu verbessern. Verbesserte Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten – zum Beispiel die verbesserte Übungsleiterpauschale – wurden beschlossen, über die betriebliche Mitbestimmung das bürgerschaftliche Engagement im Erwerbsleben verbessert, der freiwillige Einsatz von Arbeitslosen, die Selbsthilfe und das bürgerschaftliche Engagement in der Pflege und Hospizarbeit gefördert und die Vereine steuerlich entlastet. Insbesondere im Bereich der Stiftungen sind die steuer- und zivilrechtlichen Rahmenbedingungen in entscheidender Weise zukunftsorientiert gestaltet worden. Auch haben wir die Einsatzfelder für das freiwillige soziale Jahr von jungen Menschen ausgeweitet.

Bevor die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ dem Bundestag in der nächsten Woche weitere Handlungsempfehlungen übergeben wird, ist somit schon vorher in den vergangenen vier Jahren eine Vielzahl von Verbesserungen durch die Bundesregierung umgesetzt worden.

Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 wird erst dann ein voller Erfolg, wenn es gelingt, die Fortschritte zugunsten des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig zu sichern. Dazu und zur Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements sieht das Bundesminsterium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend folgende Aufgaben und Ziele als vorrangig an:

Erstens. Wir müssen die Kooperationsstrukturen zur Vernetzung der bürgerschaftlich Engagierten in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft weiter verbessern, das Leitbild der engagementorientierten Organisationen in möglichst allen gesellschaftlichen Einrichtungen umsetzen bzw. einführen, Schulen, Hochschulen und das gesamte Bildungswesen stärker als bisher zur Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements bewegen, die Förderung des freiwilligen Engagements durch und in Unternehmen dauerhaft und breiter verankern sowie die öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung für freiwilliges Engagement in den Medien über das Internationale Jahr hinaus erhalten und, wenn möglich, verstärken. Bürgerschaftliches Engagement schafft auf diese Weise nachhaltig wichtige Grundlagen für die soziale Bürgergesellschaft und für soziales Kapital und bildet eine umfassende Diskurskultur für eine funktionsfähige und starke soziale Demokratie.

Immer wieder wird gefragt, was nach einem Internationalen Jahr passiert und ob dem, was in einem solchen Jahr gut gelaufen ist, noch etwas nachfolgt. Ich meine, wir können stolz darauf sein, dass der Nationale Beirat über das Jahr 2001 hinaus Überlegungen angestellt und die Meinung vertreten hat, dass ein Netzwerk bundesweiter Organisationen für das freiwillige Engagement notwendig ist. Ich kann Ihnen mitteilen, dass heute die Gründungsversammlung des Netzwerks für freiwilliges Engagement in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat. Seitens unseres Ministeriums werden wir uns bemühen, dieses Netzwerk auch weiterhin aktiv zu begleiten.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Ich bitte Sie, verehrte Abgeordnete, zuerst Fragen zu dem angesprochenen Themenkomplex zu stellen.

Erster Fragesteller ist der Kollege Lothar Binding.

**Lothar Binding** (Heidelberg) (SPD): Frau Staatssekretärin Niehuis, Sie haben schon sehr viel hinsichtlich der Arbeitsergebnisse der Enquete-Kommission ausgeführt. Könnten Sie ein Resümee des Internationalen Jahres der Freiwilligen geben,

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: Soll sie es noch einmal vorlesen? – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Das wird kurz!)

vielleicht unter Zusammenfassung der für Sie wichtigsten Ergebnisse dieses Jahres?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Herr von Klaeden, das wird in der Tat ein kurzes Resümee werden, weil ich dazu schon vieles ausgeführt habe.

Das wichtigste Ergebnis des Internationalen Jahres der Freiwilligen war, dass es gelungen ist, die Organisationen, die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement anbieten, in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit zu stellen und mit ihnen in netzwerkartigen Strukturen zusammenzuarbei-

(A) ten. Herr Kollege Binding, wenn Sie sehen, dass das im Nationalen Beirat entstandene Netzwerk über das Jahr 2001 hinaus wirkt, dann werden Sie sicherlich mit mir der Meinung sein, dass wir für die Zukunft des freiwilligen sozialen Engagements einiges geleistet haben.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Frau Kollegin Maria Eichhorn, Ihre Frage, bitte.

**Maria Eichhorn** (CDU/CSU): Frau Staatssekretärin, die Senioren fühlen sich in dem angesprochenen Bereich etwas vernachlässigt. Das so genannte Internationale Jahr der Freiwilligen stand ja überwiegend unter dem Motto „Engagement von jungen Menschen“. Das wurde medienwirksam immer wieder zelebriert, wozu gerade die jungen Menschen gesagt haben, sie seien benutzt worden. Die Senioren kamen jedenfalls kaum vor. Welchen Grund gab es dafür, dass Sie die Senioren außen vor gelassen haben? Schließlich sollte man bedenken, dass die Senioren in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen und dass gerade auch die aktiven Senioren im Mittelpunkt unserer Politik stehen sollten.

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: An meine Ohren ist die Klage nicht gedrungen, dass sich die Senioren außen vor gefühlt haben. Wenn es so gewesen wäre, würde ich das sehr bedauern.

(B) Wenn man sich die im Internationalen Jahr der Freiwilligen geleistete Arbeit hinsichtlich der Senioren genau anschaut, dann stellt man fest, dass mein Ministerium dieses Jahr dazu genutzt hat, das Erfahrungswissen der Senioren stärker in die Gesellschaft einfließen zu lassen. Sie wissen, dass es momentan ein Modellprojekt gibt, bei dem es um das Erfahrungswissen älterer Menschen geht. Insofern denke ich, dass das, was Sie vorgetragen haben, nur ein einzelner und kein allgemeiner Eindruck ist.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Nächste Fragestellerin ist die Kollegin Ute Kumpf.

**Ute Kumpf** (SPD): Frau Staatssekretärin, im Internationalen Jahr der Freiwilligen wurde nicht nur gefeiert; die Bundesregierung und die Enquete-Kommission haben ja auch gearbeitet. Mich interessiert Folgendes: Können Sie eine kurze Zusammenfassung der gesetzlichen Regelungen geben, die vor allem in den letzten drei Jahren – im Unterschied zu der Zeit, als noch die CDU/CSU regiert hat – zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements geführt haben?

(Dirk Niebel [FDP]: Bei dem klein wenigen, was Sie bewegt haben, müssen Sie das immer wieder vortragen! – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Noch einmal zurückspulen!)

– Das muss man öfter hören. Ich finde, darauf kann gar nicht genug hingewiesen werden. Die Auflistung der einzelnen Regelungen durch die Frau Staatssekretärin war noch nicht detailliert genug und beinhaltete nicht alles, was wir auf den Weg gebracht haben.

(C) **Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Frau Kollegin Kumpf, die Opposition hat gut zugehört und zu Recht bemerkt, dass ich darauf schon stichwortartig eingegangen bin. Wir haben – diese Forderung gab es schon lange – die Übungsleiterpauschale von 2 400 DM auf 1 848 Euro aufgestockt. Wir haben außerdem den Kreis der Anspruchsberechtigten über den klassischen Übungsleiter hinaus unter anderem auf Erzieherinnen und Erzieher sowie auf Ausbilderinnen und Ausbilder ausgeweitet. Deswegen profitieren mittlerweile sehr viel mehr Menschen, die sich in ehrenamtlich tätigen Organisationen engagieren, von der Übungsleiterpauschale.

Wir haben aber auch darüber hinaus die gesamten Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement verbessert. Es ging unter anderem um die Frage, ob diejenigen, die als Übungsleiter im Sport tätig sind, abhängig beschäftigt sind. Wir haben dafür gesorgt, dass sie als Selbstständige anerkannt werden. Damit stellt sich die Frage der Sozialversicherungspflicht für diese Gruppe nicht mehr. Wir haben ferner durch Änderung einer Lohnsteuerrichtlinie im Jahr 2002 denjenigen ehrenamtlich Tätigen, die Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen beziehen, eine erweiterte Steuerfreistellung ermöglicht. Das war insbesondere ein Anliegen der Feuerwehrleute und der Katastrophenschützer. Insofern haben wir ermöglicht, dass im Rahmen dieser Neufassung auch geregelt wurde, dass der Steuerfreibetrag für die aus öffentlichen Kassen gezahlten Aufwandsentschädigungen auf 154 Euro, also 300 DM, angehoben und damit der neuen Übungsleiterpauschale gleichgestellt wird. Weiter haben wir das Stiftungsrecht verändert, sodass das Stiften nicht nur für (D) Reiche interessant ist und überhaupt unbürokratischer ablaufen kann. Und schließlich, worauf ich als Vertreterin unseres Hauses besonders stolz bin: Wir haben die Einsatzfelder des freiwilligen sozialen Jahres für junge Leute erheblich ausgeweitet: vom europäischen nun auch ins außereuropäische Ausland und vom engeren sozialen Bereich auf Kulturpflege und Jugendhilfe.

Ich glaube, dass durch diese Ausweitung der Einsatzfelder des freiwilligen sozialen Jahres für junge Leute nun gerade auch Bereiche angesprochen werden, in denen klassisches bürgerschaftliches Engagement gefordert wird. Insofern besteht die Hoffnung, jungen Leuten Impulse für die Zukunft zu geben, sich über das freiwillige soziale Jahr hinaus weiterhin zu engagieren.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Die nächste Frage kommt von der Kollegin Ina Lenke.

**Ina Lenke** (FDP): Frau Staatssekretärin, was haben Sie getan, um die rechtlichen Grundlagen für einen allgemeinen freiwilligen Dienst für Menschen in Deutschland zu schaffen?

Ich habe sehr wohl gehört, was Sie an Einzelmaßnahmen eingeleitet haben. Diese Maßnahmen sind wirklich nur Einzelmaßnahmen. Ein Konzept für einen allgemeinen freiwilligen Dienst, das Sie zu Beginn Ihrer Legislaturperiode versprochen haben, ist von Ihnen nicht geschaffen worden.

Ich bitte Sie, mir darauf zu antworten.

(A)

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Dazu stehe ich hier, Frau Lenke.

Das, was ich zum freiwilligen sozialen und zum freiwilligen ökologischen Jahr gerade erwähnt habe, ist ein kleiner Baustein – das gebe ich Ihnen zu – zu einem umfassenden Freiwilligengesetz. Wir haben immer gesagt: Wir warten ab, was die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“, die der Bundestag 1999 eingesetzt hat, zu diesem Thema hervorbringt. Ich meine, es wird eine Aufgabe der nächsten Legislaturperiode sein, die Anregungen und Empfehlungen der Enquete-Kommission hinsichtlich von Möglichkeiten eines Freiwilligengesetzes aufzugreifen. Es ist keine einfache Aufgabe, ein Freiwilligengesetz in dieser Republik zu machen.

Sie haben so locker gesagt, das seien alles kleine Einzelmaßnahmen, die ich angeführt habe. Ich erinnere daran, dass es nur durch das Job-AQTIV-Gesetz möglich wurde, dass Arbeitslose wirklich ordentlich ehrenamtliche Arbeit leisten können. Bevor es dieses Gesetz gab, wurde diese Tätigkeit auf 15 Wochenstunden beschränkt, weil darüber hinaus der Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren ging.

Insofern meine ich: Wenn Sie die Addition dieser vielen Maßnahmen betrachten, stellen Sie fest, dass die Rahmenbedingungen für die freiwilligen bürgerschaftlichen Tätigkeiten in dieser Gesellschaft erheblich verbessert wurden.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Noch eine kurze Nachfrage von Frau Lenke.

(B)

**Ina Lenke** (FDP): Dieser Meinung, Frau Staatssekretärin, bin ich nicht.

Ich habe aber noch eine Frage. Sie haben als Pluspunkt genannt, dass der freiwillige soziale Dienst auf das außereuropäische Ausland erweitert wurde. Sie kennen genauso wie ich die Ergebnisse der entsprechenden Anhörung. Die Einrichtungen halten dies für zu teuer; es wird kaum ein neuer Platz für freiwillige Dienste im außereuropäischen Ausland geschaffen. Was haben Sie in dieser Angelegenheit bis heute unternommen?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Sie wollen jetzt schon die Zukunft beurteilen. Dieses Gesetz ist am 1. Juni dieses Jahres in Kraft getreten. Nun warten wir doch einmal ab! Sie können nicht die Befürchtungen einzelner Organisationen, dass eventuell keine zusätzlichen Plätze geschaffen werden, bereits als gegeben annehmen. In einem Jahr können wir nachsehen, was sich daraus ergeben hat.

(Ina Lenke [FDP]: Nach dem 22. September!)

– Auch das meinetwegen.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Jetzt ist der Kollege Peter Dreßen mit seiner Frage an der Reihe.

**Peter Dreßen** (SPD): Frau Staatssekretärin, es wird bei der Debatte um das bürgerschaftliche Engagement oft auch gefordert, dass man finanzielle Förderungen einbauen sollte. Welche Bedeutung messen Sie dieser Forderung zu? Was hat die Bundesregierung dazu gegebenenfalls getan? Und wie kann man zusätzliche Partner für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements finden? Ich denke hierbei an die Wirtschaft, an Unternehmen, Kommunen usw.

(C)

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Grundsätzlich muss man wohl sagen, dass finanzielle Anreize nicht unbedingt zu mehr freiwilligem Engagement in einer Gesellschaft führen. Das hat auch unser Freiwilligensurvey ergeben. Auf der anderen Seite muss Aufwand, der entsteht, wenn man sich freiwillig engagiert, natürlich steuerlich abgesetzt werden können. Dazu haben wir die richtigen Schritte schon eingeleitet. Ich weiß, dass die Enquete-Kommission noch weiter gehende Vorschläge gemacht hat. Man wird prüfen müssen, ob das der richtige Weg ist.

Darüber hinaus haben Sie gefragt, wie man Partner finden kann. Das Bild vom aktivierenden Staat bedeutet ja gerade, dass nicht der Staat allein für das freiwillige Engagement in der Gesellschaft zuständig ist, sondern dass das immer eine Dreifach- oder Mehrfachbeziehung ist: Staat, Gesellschaft, Wirtschaft usw. Das war ein großes Thema im Internationalen Jahr der Freiwilligen.

Was Unternehmen anbetrifft, so lohnt es sich, hin und wieder über die Grenzen zu schauen, weil es durchaus hervorragende Beispiele von Unternehmen gibt, die sich im Gemeinwesen engagieren. „Corporate Citizenship“ ist das Stichwort. Das bedeutet mehrererlei: Unternehmen ermöglichen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sich zu engagieren, und sehen das auch als positiv für das Image des Unternehmens. Aber auch das Unternehmen selbst sieht sich als Teil des Gemeinwesens. Wenn man in die Dörfer guckt, stellt man fest, dass sich der kleine Handwerksmeister durchaus als Teil des Dorfes, des Gemeinwesens fühlt; er wird Sportvereinsvorsitzender oder was auch immer.

(D)

(Peter Dreßen [SPD]: Feuerwehrkommandant!)

Da lässt sich in dem Bereich der Großunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland durchaus noch etwas verbessern. Das wird auch noch die Aufgabe der Zukunft sein.

**Peter Dreßen** (SPD): Danke schön.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Dehnel, ihre Frage, bitte.

**Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU): Frau Staatssekretärin, wie erklären Sie sich die Tatsache, dass gerade Ende des vergangenen Jahres – das war das Internationale Jahr der Freiwilligen – und Anfang dieses Jahres besonders viele Schreiben in unseren Wahlkreisbüros eingegangen sind, in denen sich Vereine und Verbände über die verschlechterten Rahmenbedingungen beklagen, wenn es um diese Dienste geht? Das war nicht nur in den Wahlkreisbüros der Opposition so, sondern – das weiß ich – auch in denen der Regierungskoalition. Wie erklären Sie sich

(A) also, dass in diesen Briefen verschlechterte Rahmenbedingungen beklagt werden?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Herr Dehnel, das ist eine sehr allgemeine Frage. Ich habe mir doch Mühe gegeben, Ihnen darzustellen, dass wir die Rahmenbedingungen an vielen Stellen verbessert haben, und zwar auch für die Vereine. Es hat steuerliche Verbesserungen gegeben. Ich schlage Ihnen vor, dass Sie mir einmal so ein Schreiben geben. Ich gucke dann, was da zur Klage geführt hat.

(Ina Lenke [FDP]: 630-DM-Gesetz!)

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Nachfrage, bitte, Herr Kollege.

**Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU): Ich habe eine solche Anfrage schon einmal an die Frau Kollegin Mascher gestellt. Sie hat auch gesagt, es gebe eigentlich keinen Anlass dafür.

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Das ist ja gut.

**Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU): Ich möchte deshalb nachfragen: Meinen Sie nicht auch, dass zum Beispiel die kommunalen Finanzen eine große Rolle spielen? Die haben sich in Ihrer Regierungszeit arg verschlechtert. Das (B) gilt auch für die Finanzen der mittelständischen Betriebe, wobei gerade diese Betriebe die Freiwilligendienste sowie Vereine und Verbände stark unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Wo leben Sie denn?)

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Jetzt machen Sie aber einen großen Bogen, um wieder zum Thema des freiwilligen Engagements zu kommen.

(Wolfgang Dehnel [CDU/CSU]: Wissen Sie nicht, dass die gerade von diesen Unternehmen und von den Kommunen unterstützt werden? – Peter Dreßen [SPD]: Er verwechselt Äpfel mit Birnen!)

– Aber Sie müssen mir trotzdem noch irgendwelche Brücken bauen, damit ich eine Verbindung herstellen kann zu Ihrer Unterstellung, die kommunalen Finanzen hätten sich gerade während unserer Regierungszeit erheblich verschlechtert. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass diese Klage bis 1998 sehr stark geführt wurde. Was die Situation der mittelständischen Unternehmen anbetrifft, so sind wir völlig unterschiedlicher Meinung. Ich denke da nur an die Steuerreform. Herr Dehnel, lassen Sie uns an dieser Stelle jetzt keine wirtschaftspolitische Debatte führen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Jetzt ist die Kollegin Ilse Aigner an der Reihe.

**Ilse Aigner** (CDU/CSU): Frau Staatssekretärin, ich (C) will etwas konkreter werden. Es geht um die Auswirkungen des 630-DM-Gesetzes bzw. 325-Euro-Gesetzes auf das Ehrenamt; in der Enquete-Kommission durften wir darüber ja nicht diskutieren.

Ich beziehe mich jetzt nicht auf diejenigen, die die Übungsleiterpauschale oder sogar noch etwas darüber hinaus bekommen, sondern ich beziehe mich auf den Schatzmeister eines Vereins, der vielleicht 80 Übungsleiter betreut, die solche Zahlungen bekommen, und der dann Kleinstbeträge an die Rentenversicherung und an die Krankenversicherung abrechnen muss. Ich beziehe mich auf ein Mütterzentrum, das Mütter vielleicht auch nebenberuflich im Rahmen von 630-DM- respektive 325-Euro-Verträgen beschäftigt, das einen Riesenbürokratieaufwand hat und keine Mark dafür bekommt; man ist ja ehrenamtlich tätig. Sind Sie also der Ansicht, dass das 325-Euro-Gesetz ein Positivum war zugunsten des bürgerschaftlichen Engagements, zugunsten des Ehrenamtes, oder meinen Sie nicht auch, dass das Gesetz sehr viel zerbrochen hat? Sind die Maßnahmen, die Sie im Bereich der Feuerwehren, im Bereich der Erhöhung der Übungsleiterpauschalen durchgeführt haben, nicht sogar eine Reaktion darauf gewesen, dass Sie festgestellt haben, dass das ein Schritt in die falsche Richtung war?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Ich glaube, das sind zunächst einmal zwei Paar Schuhe. Das eine Paar ist der Arbeitsmarkt; das sind die Arbeitsverhältnisse geringfügig Beschäftigter, die Sie angesprochen haben. Da war es uns immer ganz wichtig, (D) dass auch diese sozialversicherungspflichtig sein können. Das ist die gesetzliche Änderung. Ich denke, wir haben durch diese Änderung auch sehr viele neue Arbeitsplätze geschaffen, neue Jobs geschaffen. Das heißt, 3 Millionen geringfügig Beschäftigte, die wir haben, sind jetzt auch sozialversicherungspflichtig. Das wird sich für die nachher positiv auswirken, wenn Sie am Ende des Arbeitslebens die Rentenlaufbahn dieser Personengruppe betrachten. Das ist das eine, nämlich die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse.

Bei dem anderen, was Sie gesagt haben, nämlich der Anhebung der Steuerfreistellung für Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen auf 154 Euro, geht es auch um eine Reaktion auf die Ehrenamtlichen im Bereich der Feuerwehr. Nun muss ich Ihnen allerdings sagen, man kann diese Entlastung finanziell auch nicht bis in jede Höhe treiben, sondern man muss schon weiterhin die Unterscheidung pflegen, ob das eine Aufwandsentschädigung für ein Ehrenamt ist – und das kann man sich immer nur bis zu einer bestimmten Höhe vorstellen – oder ob das nicht langsam schon ein Einkommen für eine Nebentätigkeit wird. Da unterscheiden wir uns vielleicht in der Einschätzung.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Auch hierzu gibt es eine kurze Nachfrage.

**Ilse Aigner** (CDU/CSU): Ich glaube, ich habe meine Frage deutlich gestellt, aber frage Sie trotzdem noch einmal. Es geht mir nicht um diejenigen, die dies bekommen,

(A) sondern es geht mir um den ehrenamtlich tätigen Schatzmeister eines Sportvereins, der vielleicht eine Vielzahl von Übungsleitern abzurechnen hat, die über der Pauschale liegen. Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel – nicht aus Bayern, damit das nicht falsch verstanden wird, sondern von einem Verband in Norddeutschland, in Schleswig-Holstein – –

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Es ist gut, dass Sie darauf hinweisen.

**Ilse Aigner** (CDU/CSU): Ich sage das, damit das einmal konkret wird. Denn die haben uns geschildert, dass sie 80 Übungsleiter haben, die zum Teil auch schon nach der alten Regelung steuerpflichtig gewesen sind, und dass sie es damals mit einem Finanzamt und mit einer Krankenversicherung zu tun gehabt haben. Nach der neuen Regelung waren es vier Finanzämter, 14 Krankenversicherungen und vier Rentenversicherungsträger, und es waren Kleinstbeträge von 2,30 DM, von 5,30 DM abzurechnen und abzuführen.

Jetzt geht es mir nicht um diejenigen, die dies bekommen, sondern es geht mir um den ehrenamtlich tätigen Schatzmeister, der diesen Verwaltungsbürokratismus zu bewältigen hat. Nur darum geht es mir.

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Das waren dann aber geringfügige Beschäftigungsverhältnisse; in dieser Kategorie waren die.

(B)

**Ilse Aigner** (CDU/CSU): Ja, ja.

Meinen Sie, dass es für diesen ehrenamtlich Tätigen sehr erfreulich war, diese Mehraufwendungen zu bewerkstelligen?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nein, das glaube ich nicht.

**Ilse Aigner** (CDU/CSU): Meinen Sie, dass er das künftig auch weiterhin tun wird?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nun, wir sind hier schon wieder genau in der Ecke, in der man fragen muss: Was ist ehrenamtliche Tätigkeit? Was sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse? Wir drehen uns hier im Moment im Kreis.

Ich sage Ihnen: Am Anfang, als das neue Gesetz für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse kam, gab es in der Tat einen bürokratischen Aufwand.

Nach meiner Erfahrung glaube ich, dass sich das mittlerweile so eingespielt hat, dass die Leute nun auch wissen, wie es geht.

(Ina Lenke [FDP]: Nein, überhaupt nicht! Das ist nicht der Fall!)

(C) Es läuft also besser.

(Zurufe von der CDU/CSU: Die machen bald keinen Schatzmeister mehr! So einfach ist das! – Die hören auf! – Die machen nichts mehr!)

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Nächste Fragestellerin ist die Kollegin Monika Balt.

**Monika Balt** (PDS): Frau Staatssekretärin, ich habe zwei Fragen. Zum einen: Gibt es in Ihrem Ministerium Überlegungen, Pflichtdienste schrittweise abzuschaffen und Freiwilligendienste noch intensiver als bisher zu fördern? Gibt es dazu in Ihrem Ministerium Überlegungen?

Zum anderen: Mir ist bekannt, dass die Ministerin für Soziales und Generationen in Österreich jedes Jahr einen Preis für Freiwilligenarbeit und Ehrenamt auslobt. Dieser Preis heißt „Freiwilligen-Oscar“. Könnten Sie sich so etwas oder Gleiches für die Bundesrepublik vorstellen?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Ihre erste Frage habe ich nicht richtig verstanden, weil unser Ministerium keine Pflichtdienste hat. Insofern können wir Pflichtdienste auch nicht abschaffen. Wenn Sie das Zivildienstgesetz ansprechen, so ist in dem Gesetz der Pflichtdienst bei der Wehrpflicht angesiedelt und der Zivildienst eine Folge der Wehrpflicht. Sie wissen, dass die Frage, ob der Zivildienst weiter bestehen bleibt oder nicht, von der Wehrpflicht abhängt und insofern keine Frage ist, die originär unser Haus betrifft.

(D)

Darüber hinaus – das haben Sie ja als Mitglied des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sicherlich intensiv verfolgt – ist das Änderungsgesetz zum freiwilligen sozialen und zum freiwilligen ökologischen Jahr schon darauf angelegt, dass diejenigen, die einen Pflichtdienst ableisten müssen, sich stattdessen für ein freiwilliges soziales oder ein freiwilliges ökologisches Jahr melden und sich dieses dann statt eines abzuleistenden Zivildienstes anerkennen lassen können.

Zur zweiten Frage bezüglich des Oscars: Wir haben an vielen Stellen kleinere Preise; zum Beispiel der Heinz-Westphal-Preis beim Bundesjugendring ist ein Preis für ehrenamtliche Tätigkeit in der Jugendarbeit. Wir haben keinen allgemeinen Oscar wie in Österreich. Ich halte aber sehr viel vom Ausloben von Preisen. Das machen wir ja schon. Insofern halte ich es durchaus für überlegenswert, ob das ein Instrument sein könnte, um Engagement in dieser Gesellschaft zu befördern. Konkrete Überlegungen gibt es dazu aber noch nicht.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Ich nehme jetzt erst einmal die Kolleginnen und Kollegen dran, die noch keine Fragemöglichkeit hatten.

Der nächste Fragesteller ist der Kollege Michael Bürsch.

**Dr. Michael Bürsch** (SPD): Frau Staatssekretärin, zum Fragenkomplex von Frau Aigner.

(A) Erstens. Stimmen Sie mir zu, dass die Enquete-Kommission ausdrücklich eine Definition des bürgerschaftlichen Engagements zugrunde gelegt hat, die es folgendermaßen charakterisiert: freiwillig, gemeinwohlorientiert und unentgeltlich? Unter unentgeltlich versteht man bekanntlich etwas anderes als 630-Mark-Jobs oder andere geringfügige Beschäftigungen. Insofern gab es wahrscheinlich gute Gründe dafür, dass von der Kommission zum Komplex der 630-Mark-Jobs nichts gesagt worden ist. Selbstverständlich hatte natürlich jedes Mitglied der Kommission während der zwei Jahre die Möglichkeit, diese Frage zur Diskussion zu stellen.

Zweitens. Stimmen Sie mir zu, dass eine bürokratische Entlastung bei den 630-Mark-Jobs überaus wünschenswert wäre? Darüber muss man reden. Dabei handelt es sich aber um eine andere Baustelle.

Drittens. Stimmen Sie mir zu, dass die Mitglieder der Enquete-Kommission – einschließlich der unionsnahen – immerhin eine kleine Tür geöffnet haben, indem sie empfohlen haben, Aufwandsentschädigungen in Höhe von 300 Euro pro Jahr vorzusehen, die steuer- und sozialabgabenfrei zu stellen sind? Genau dadurch kann man solche Fälle, wie sie Frau Aigner vorhin geschildert hat, in Zukunft vermeiden.

Können Sie diesen Feststellungen ausdrücklich zustimmen und insofern die Frage von Frau Aigner doppelt und dreifach beantworten?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: (B) Herr Kollege, ich stimme Ihnen gerne zu. Ich möchte diese Gelegenheit aber nutzen, hier zu unterscheiden. Auch Sie haben ja gefordert, dass man unterscheiden muss, auf welcher „Baustelle“ etwas stattfindet.

Bei der gesamten Diskussion über bürgerschaftliches Engagement müssen wir immer im Auge behalten, dass es sich hierbei nicht sozusagen um eine Spardose in Bezug auf Tätigkeiten handelt, die auch ansonsten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wahrgenommen werden könnten. Das wesentliche Element beim bürgerschaftlichen Engagement ist, dass soziales Verhalten in der Demokratie gefördert wird und ein Diskurs über unsere Demokratie stattfindet. Insofern stimme ich Ihnen zu. Wenn die Enquete-Kommission das genau so gesagt hat, stimme ich in dem Fall auch deren Empfehlungen zu.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Jetzt ist die Kollegin Ute Kumpf dran.

**Ute Kumpf** (SPD): Noch einmal abschließend zum Stichwort Nachhaltigkeit, insbesondere was die Förderung von Strukturen und Leitbildern anbelangt, die vonseiten der Ministerien entwickelt werden sollen. Wie sieht es da aus und was sind Ihre wichtigsten Beiträge, die sich auf die Zukunft richten? Wir hatten ja das Jahr der Freiwilligen und die Enquete-Kommission. Wie sehen Ihre Vorschläge und Vorstellungen aus und was wird jetzt vonseiten des Ministeriums getan, um die Strukturen dieses Netzwerks, das ja schon gearbeitet hat, zu erhalten und auch die Vorschläge der Enquete-Kommission, etwa eine Kommission (C) ähnlich der Kinderkommission einzurichten, umzusetzen?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Frau Kollegin Kumpf, erst einmal ist es, wie ich glaube, ganz wichtig, noch einmal festzustellen, dass nicht der Staat im Zusammenhang mit freiwilligem Engagement der Hauptakteur sein kann. Vor diesem Hintergrund haben wir die Anregungen des Nationalen Beirats gerne aufgenommen. Anders als es bei anderen Internationalen Jahren der Fall war – insbesondere unter der Vorgängerregierung, als wir ein schönes Internationales Jahr hatten und es einen Bericht gab, dann aber das Thema erledigt war –, wollten wir in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Beirat diesmal sicherstellen, dass das Positive weiterlebt. Dafür steht die heutige Gründungsversammlung eines Netzwerkes bundesweiter Träger von Freiwilligenorganisationen, von Verbänden, von Wohlfahrtsverbänden, die genau diese Arbeit aufnehmen.

Nun habe ich gesagt, es sei nicht Aufgabe des Staates, das zu entwickeln. Aber für Rahmenbedingungen zu sorgen ist schon Aufgabe des Staates. Insofern wird unser Haus dieses Netzwerk mit einem Koordinierungsbüro, das über uns finanziert wird, begleiten, damit es die bundesweite Aufgabe, die ein Netzwerk auf Bundesebene hat, verwirklichen kann.

Die Enquete-Kommission hat einen Strauß von Empfehlungen vorgelegt. Wir haben gerne und intensiv mit der Enquete-Kommission zusammengearbeitet. Nun wird es Aufgabe sein, die vielen Empfehlungen, zu denen die (D) 300-Euro-Aufwandsentschädigung gehört, aber auch die Frage, ob man im freiwilligen Engagement nicht für eine Haftpflicht- und Unfallversicherung sorgen muss, einzeln durchzugehen. Wir fühlen uns als Ministerium durchaus zuständig, weiterhin begleitend tätig zu sein, wenn es darum geht, die eine oder andere Empfehlung der Enquete-Kommission umzusetzen. Aber wer den Umfang des Buches kennt, wird sich vorstellen können, dass nicht alles sofort umgesetzt werden kann.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Zehnjahresprogramm!)

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Kollegin Lenke, Ihre Frage, bitte, wenn es geht, kurz, weil für die Befragung nicht mehr viel Zeit ist.

**Ina Lenke** (FDP): Frau Staatssekretärin, die tragende Säule von freiwilligen Tätigkeiten sind die deutschen Vereine.

(Ute Kumpf [SPD]: Vereine generell! Auch Italiener dürfen bei uns Vereine gründen!)

Wenn ein deutscher Verein recht groß ist – das kann in einem kleinen Ort sein –, dann braucht er für seine Verwaltung auch Freiwillige, die er nicht normal bezahlt; denn dann wären das 630-Mark-Arbeitskräfte. Wenn ein Kollege hier in diesem Zusammenhang von 300 Euro im Jahr spricht,

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Aufwandsersatz!)

**Ina Lenke**

(A) dann kann ich nur lachen. Das geht bei diesen Vereinen nicht, weil so viel Verwaltungsarbeit zu erledigen ist, dass der Aufwand erheblich ist.

(Dr. Michael Bürsch [SPD]: Nicht bewusst missverstehen! Erst den Bericht lesen und dann meckern!)

Der Verwaltungsbedarf konnte nach dem alten 630-Mark-Gesetz einmal im Jahr mit einer Lohnsteuererklärung erledigt werden. Jetzt muss jeden Monat eine U-1- und eine U-2-Umlage und eine Meldung an die Krankenkassen erfolgen. Das kann auch nicht mit 300 Euro im Jahr bzw. 25 Euro monatlich abgegolten werden.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Was ich mit einer Haushaltshilfe erlebt habe und was Vereine dann erleben, ist eine Katastrophe. Darum geht es. Es geht nicht um eine billige Arbeitskraft, sondern darum, dass die Freiwilligkeit in den Vereinen unterstützt wird. Aber auf diese Weise entsteht mehr Bürokratie und mehr Aufwand und dann hat fast niemand mehr Lust.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Ich stelle fest, das war keine Frage, sondern ein Beitrag. Ich bin anderer Meinung.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Die letzte Frage (B) kommt vom Kollegen Lothar Binding. – Bitte.

**Lothar Binding** (Heidelberg) (SPD): Ich soll es kurz machen; das will ich tun. Zivilgesellschaft bedeutet Eigenverantwortung, Eigenverantwortung bedeutet mehr Teilnahmemöglichkeiten. Welche konkreten Schritte wurden zur stärkeren Partizipation und Teilnahme von Organisationen und Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, unternommen?

**Dr. Edith Niehuis,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Das ist ein großer Strauß, Herr Kollege Binding. Ich glaube, dass die Arbeitsgruppen – ich habe die sieben Arbeitsgruppen des Nationalen Beirats mit ihren Themen hier nur kurz erwähnt; sie haben nicht nur Broschüren, Empfehlungen usw. herausgebracht, sondern auch ihr Know-how einfließen lassen – dazu beigetragen haben, dass überall in der Republik gute Veranstaltungen stattgefunden haben. Ich zum Beispiel habe in Bonn bei der Veranstaltung Corporate Citizenship mitgewirkt. Von daher weiß ich, dass sich nicht nur die Unternehmen engagieren, die das schon immer getan haben. Dort waren im Publikum auch Unternehmen, die sich eventuell beteiligen würden oder sich dafür interessieren.

Ich glaube, dass mit dem Netzwerk viele Erfahrungen in die Organisationen hineingetragen werden. Ich wünsche es mir, weil unsere Zivilgesellschaft bürgerschaftliches Engagement hervorragend gebrauchen kann.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Weitere Fragen an die (C) Bundesregierung liegen nicht vor. Ich bedanke mich, Frau Parlamentarische Staatssekretärin.

Die Regierungsbefragung ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Fragestunde**

– Drucksache 14/9188 –

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes. Zur Beantwortung steht Herr Staatsminister Hans Martin Bury zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 1 des Kollegen Jürgen Koppelin auf:

> Trifft es zu, dass der Bundeskanzler Gerhard Schröder am 13. Mai 2002 auf einer Funktionärskonferenz der SPD sagte: „Wir werden es nicht zulassen, dass dieses Europa Leuten wie Berlusconi, Haider, Le Pen oder sonst wem in die Hände fällt.“ (vergleiche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 29. Mai 2002)?

**Hans Martin Bury,** Staatsminister beim Bundeskanzler: Herr Kollege Koppelin, Ihre Frage bezieht sich auf eine interne Funktionärskonferenz der SPD. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bundeskanzler Gerhard Schröder, hat dort vor rechtspopulistischen und nationalistischen Strömungen in einigen europäischen Ländern gewarnt und deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratie in guter Tradition und Verantwortung für unser Land solchen Bestrebungen entgegentritt.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Koppelin zu einer ersten Nachfrage, bitte. (D)

**Jürgen Koppelin** (FDP): Ich stelle erst einmal fest, Herr Staatsminister, dass Sie meine Frage überhaupt nicht beantwortet haben. Ich habe konkret gefragt, ob der Bundeskanzler dieses gesagt hat, und Sie haben sich hier in Allgemeinplätze hineingesteigert. Lesen Sie bitte noch einmal meine Frage! Ich habe konkret gefragt, ob der Bundeskanzler einen bestimmten Satz gesagt hat, der übrigens – vielleicht können Sie das auch bestätigen – sogar im Internet bei der SPD abrufbar war. Ist es auch richtig, dass der Bundeskanzler für den Satz, den ich in meiner Frage zitiert habe, auf dieser Funktionärsversammlung sehr viel Beifall bekommen hat?

**Hans Martin Bury,** Staatsminister beim Bundeskanzler: Herr Kollege Koppelin, um Ihre Frage zu beantworten: Der Bundeskanzler stellt den italienischen Ministerpräsidenten nicht auf eine Stufe mit Herrn Haider oder Herrn Le Pen. Bei der in Ihrer Frage nach Presseberichten zitierten Aussage handelt es sich nicht um ein vom Bundeskanzler autorisiertes Zitat.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Koppelin, Ihre zweite Nachfrage, bitte.

**Jürgen Koppelin** (FDP): Da Sie wieder ausweichen, Herr Staatsminister, frage ich Sie noch einmal: Hat der Bundeskanzler diesen Satz auf der Funktionärskonferenz gesagt und war dieser Satz im Internet bei der SPD abrufbar?

(A)

**Hans Martin Bury,** Staatsminister beim Bundeskanzler: Herr Kollege Koppelin, ich habe bereits in meiner ersten Antwort darauf hingewiesen, dass sich Ihre Frage auf eine nicht öffentliche Konferenz der SPD bezieht. Ich darf in diesem Zusammenhang an die Fragestunde vom 24. April 2002 und die Erörterung im Ältestenrat am 25. April 2002 erinnern, wonach parteiinterne Vorgänge grundsätzlich nicht Gegenstand der Befragung der Bundesregierung bzw. der Bewertung durch die Bundesregierung sind.

Da einzelne Veröffentlichungen ohne den erforderlichen Kontext ein unzutreffendes Bild ergeben könnten, fragen Sie jedoch zu Recht nach. Ich betone nochmals, dass der Bundeskanzler den italienischen Ministerpräsidenten nicht auf eine Stufe mit Herrn Haider oder Herrn Le Pen stellt. Sehr wohl hat der Bundeskanzler jedoch heute in der Sitzung des Bundeskabinetts darauf hingewiesen, dass die aus Ihren Reihen ausgelöste Debatte offenkundig bestimmte europäische Entwicklungen kopieren wolle.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Frage 2 des Kollegen Koppelin wird schriftlich beantwortet.

Nun kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Zur Beantwortung steht die Frau Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 3 der Kollegin Ursula Lietz auf:

Wie funktioniert die Briefwahl für Soldaten, die sich zum Zeitpunkt der Bundestagswahl am 22. September 2002 oder auch zum Zeitpunkt einer Landtagswahl im Auslandseinsatz befinden?

(B)

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Frau Kollegin Lietz, die Antwort lautet: Im Rahmen besonderer Auslandseinsätze in das Ausland kommandierte oder abgeordnete Angehörige der Bundeswehr sind während ihres Einsatzes noch für eine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet und werden deswegen bei Bundestagswahlen und grundsätzlich auch bei Landtagswahlen nach den in die Zuständigkeit der Länder fallenden landesrechtlichen Regelungen von Amts wegen in ein Wählerverzeichnis ihrer Wohngemeinde eingetragen. Bei Bundestagswahlen erhalten sie von dort spätestens am 21. Tag vor der Wahl eine Wahlbenachrichtigung. Wenn der Auslandseinsatz vor diesem Zeitpunkt eingetreten ist oder anzutreten ist, kann der Antrag auf Ausstellung eines Wahlscheins und Zusendung von Briefwahlunterlagen entsprechend früher gestellt werden.

Grundsätzlich werden die Wahlunterlagen durch die zuständigen Gemeinden direkt in das Einsatzland übersandt. Durch organisatorische Maßnahmen der Einheiten und Dienststellen kann jedoch auch sichergestellt werden, dass sie jeweils zunächst an die Einheit oder Dienststelle in Deutschland und von dort auf dem Feldpostwege gesammelt in das Einsatzland geschickt werden.

Das Bundesministerium der Verteidigung hat durch Erlass vom 9. April dieses Jahres zur Durchführung der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag veranlasst, dass alle Einheitsführer und Dienststellenleiter aufgefordert werden, ihre Soldaten über die Möglichkeit der Briefwahl zu unterrichten und durch geeignete organisatorische Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die Soldaten ihr Wahlrecht ausüben können.

(C)

Wahlberechtigte Soldaten, die auf Anordnung des Dienstherrn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben und deshalb in der Bundesrepublik Deutschland keinen Wohnsitz gemeldet haben, sowie Angehörige ihres Hausstandes können ihr Wahlrecht ebenfalls durch Briefwahl ausüben. Diese Wahlberechtigten werden auf Antrag in ein Wählerverzeichnis der Bundesstadt Bonn eingetragen und erhalten die Briefwahlunterlagen von dort übersandt. Das Bundesministerium der Verteidigung hat den entsprechenden Erlass vom 19. April 2002 zur Wahl des 15. Deutschen Bundestages mit den notwendigen Erläuterungen zur Durchführung der Briefwahl an alle Auslandsdienststellen versandt. Die Teilnahme an Landtagswahlen setzt nach den in die Zuständigkeit der Länder fallenden landesrechtlichen Regelungen grundsätzlich einen Wohnsitz im jeweiligen Bundesland voraus. – So weit die Antwort zu dieser Frage.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Jetzt gibt es die erste Nachfrage. Bitte, Frau Kollegin Lietz.

**Ursula Lietz** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Meine erste Frage lautet: Ist Ihnen bekannt, wie lange Post im Rahmen der Feldpost nach Afghanistan unterwegs ist, bzw. können Sie abschätzen, wie lange die Versendung von Briefwahlunterlagen vom Eintreffen an der Wohnortadresse bis zum Einsatzort und zurück dauert?

(D)

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Das lässt sich nicht exakt einschätzen. Aber es besteht natürlich das Risiko, dass ein Transport nicht pünktlich ankommt. Es ist dafür Vorsorge getragen, dass der Antrag zur Ausübung der Briefwahl, der im Rahmen der Wahlbenachrichtigung, die diesem Personenkreis eventuell zu spät zugestellt wird, gestellt werden kann, nicht abgewartet wird. Dieser Fall der Verzögerung wird mit einbezogen.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Zweite Nachfrage.

**Ursula Lietz** (CDU/CSU): Vor meiner zweiten Nachfrage noch etwas zur Information: Ich habe gehört, dass die Feldpost nach Afghanistan auf einer Strecke bis zu drei Wochen benötigt. Insofern sollte man darauf wirklich Rücksicht nehmen.

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Ich finde es gut, dass wir dieses Thema ansprechen. Wir alle wollen ja, dass möglichst viele von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

**Ursula Lietz** (CDU/CSU): Meine zweite Nachfrage lautet: Haben Sie sich darüber informiert, wie das Wahlverfahren bei den Armeen, die traditionell in anderen Ländern

(A) stationiert sind, zum Beispiel bei den Armeen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, gehandhabt wird?

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Ich schlage vor, dass wir diesen Punkt, der nicht Gegenstand der gestellten Frage war, in einer nächsten Fragestunde noch einmal aufgreifen. Ich biete Ihnen auch an, Ihnen diese Frage, wenn Sie es wünschen, schriftlich zu beantworten.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Wir haben aber noch die Frage 4. Hatten Sie die schon mit beantwortet?

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Nein, die hatte ich noch nicht beantwortet. Das kommt extra.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Wir bleiben aber bei dem gleichen Thema. Deshalb habe ich nachgefragt.

Dann rufe ich jetzt die Frage 4 der Abgeordneten Lietz auf:

> Wie hoch war die Wahlbeteiligung von Soldaten bei der Bundestagswahl am 28. September 1998 oder auch bei diversen Landtagswahlen, die sich zum Zeitpunkt der Wahl im Auslandseinsatz befanden?

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Über die Höhe der Beteiligung von Soldaten, die sich in besonderen Auslandseinsätzen befinden, bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, also im September 1998, oder auch bei Landtagswahlen liegen dem Bundesministerium der Verteidigung keine Erkenntnisse vor.

(B) Einen Anhaltspunkt will ich Ihnen aber nennen: Von den circa 5 000 Beamten, Soldaten, Angestellten und Arbeitern der Bundeswehr und ihren circa 3 000 volljährigen Angehörigen mit Wohnsitz im Ausland wurden für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag 4 001 Anträge zur Aufnahme in ein Wählerverzeichnis und zur Teilnahme durch Briefwahl fristgerecht gestellt. Geht man davon aus, dass diese Personen dann auch tatsächlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, dann lag die Wahlbeteiligung bei circa 50 Prozent.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Nächste Nachfrage, bitte.

**Ursula Lietz** (CDU/CSU): Frau Staatssekretärin, hat die Bundesregierung Möglichkeiten der Gestaltung des Wahlverfahrens in Betracht gezogen, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erzielen. – Frau Präsidentin, vielleicht darf ich meine zweite Nachfrage gleich anschließen? – Haben Sie in Erwägung gezogen, Wahlhelfer in die Einsatzgebiete zu schicken, um die Briefwahlunterlagen dort einzusammeln? Denn fast täglich gehen ja Transportflugzeuge zwischen den Einsatzgebieten und Deutschland hin und her. Insofern gäbe es die Möglichkeit, derartiges Personal mitzuschicken.

(C) **Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Solche Überlegungen sollte es erst dann geben, wenn zunehmend Klagen darüber auftauchen, dass das Ausüben des Wahlrechts nicht klappt. Bisher liegen unserem Ministerium wenig bzw. gar keine Klagen darüber vor. Wenn solche kämen, dann würden sie wohl am ehesten bei unserer zuständigen Abteilung eingehen, vielleicht auch beim Bundesministerium der Verteidigung. Ich habe mich erkundigt: Klagen dieser Art sind bei uns nicht eingegangen.

Inwieweit in der jetzigen prekären Situation Wahlhelfer eingesetzt werden können, ist zu überprüfen. Wir haben – das möchte ich betonen – ein großes Interesse daran, dass möglichst viele Menschen ihr Wahlrecht ausüben können.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Wir kommen heute ziemlich schnell voran. Es sind relativ wenig Abgeordnete im Saal. Wir werden die Sitzung auf jeden Fall unterbrechen und die Aktuelle Stunde pünktlich um 15.35 Uhr aufrufen.

Die Frage 5 zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen, die Frage 6 zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie die Fragen 7 und 8 zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft werden schriftlich beantwortet.

(D) Ich rufe jetzt den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit auf. Zur Beantwortung steht Frau Parlamentarische Staatssekretärin Gudrun Schaich-Walch zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 9 des Kollegen Detlef Parr auf:

> Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Regelung, dass ab 1. Januar 2003 bestimmte medizinische Leistungen – so genannte KO-Leistungen – wie Koloskopien, Gastroskopien, Sonographien usw. nur noch von nicht hausärztlich tätigen Gebietsfachärzten abgerechnet werden dürfen, nicht jedoch von Hausärzten, und zwar selbst in den Fällen, in denen diese Hausärzte solche Leistungen jahrelang erbracht haben, insbesondere im Hinblick auf die Kontinuität der gesundheitlichen Versorgung der Patientinnen und Patienten?

**Gudrun Schaich-Walch,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Sehr geehrter Herr Kollege Parr, die Fragen 9 und 10 möchte ich gerne zusammen beantworten, weil sie in einem sehr engen Zusammenhang stehen.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Dann rufe ich auch die Frage 10 des Kollegen Parr auf:

> Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag einer Besitzstandsregelung, im Interesse der Patienten den Internisten, die sich für die hausärztliche Tätigkeit entschieden haben, auch über den 31. Dezember 2002 hinaus bis zum Ende ihrer Tätigkeit die Möglichkeit zu geben, diese medizinischen Sonderleistungen zu erbringen und abzurechnen?

**Gudrun Schaich-Walch,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Die angesprochene

**Parl. Staatssekretärin Gudrun Schaich-Walch**

(A) Regelung ist eine Übergangsbestimmung zu der vom Gesetzgeber im Rahmen des am 21. Dezember 1992, also während der christlich-demokratischen Regierungsverantwortung, verabschiedeten Gesundheitsstrukturgesetzes eingeführten Funktionsteilung der vertragsärztlichen Versorgung in einen hausärztlichen und einen fachärztlichen Versorgungsbereich.

Die mit Wirkung zum 1. Januar 1993 in Kraft getretene Regelung des § 73 Abs. 1 c SGB V schreibt vor, dass die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung Inhalt und Umfang der hausärztlichen Versorgung gemeinsam und einheitlich zu bestimmen haben. Die Vertragspartner haben zu diesem Zweck den so genannten Hausarztvertrag geschlossen und dort unter anderem vereinbart, dass Vertragsärzte, die im hausärztlichen Versorgungsbereich tätig sind, bestimmte spezialärztliche Leistungen, zu denen die „KO-Leistungen“ Gastroskopie und Koloskopie gehören, nicht mehr abrechnen können.

Die Vertragspartner des Hausarztvertrages haben damals allerdings für die bereits im Jahre 1993, also vor der gesetzlichen Einführung der Funktionsteilung, tätigen Vertragsärzte eine Übergangsregelung vereinbart. Sie sieht vor, dass diese Vertragsärzte die Leistungen aus dem „KO-Katalog“, die sie vor dem 1. Januar 1994 regelmäßig abgerechnet haben, weiterhin – allerdings längstens bis zum 31. Dezember 2002 – erbringen und abrechnen dürfen. Den Vertragsärzten wurde also eine achtjährige Übergangszeit zur Anpassung ihrer Praxis an den von ihnen wahrgenommenen Versorgungsbereich eingeräumt.

(B) Wenn diese Übergangsregelung nunmehr ausläuft, wird lediglich der Zustand hergestellt, den der Gesetzgeber mit der Funktionsteilung in die hausärztliche und die fachärztliche Versorgung im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes herbeiführen wollte.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Parr, bitte.

**Detlef Parr** (FDP): Frau Staatssekretärin, Sie weisen zu Recht auf den Ursprung dieses Gesetzes hin. Das macht die Problematik, der sich die Bundesregierung heute stellen muss, aber nicht geringer. Mir wird berichtet, dass durch die Regelung, die wir damals getroffen haben, wegen der langen Übergangsfrist Versorgungslücken drohen. Es drohen längere Wartezeiten für Patientinnen und Patienten, weil die Kapazitäten in den Bereichen, in die diese Leistungen jetzt einfließen, nicht ausreichen. Von Hausärzten werden jetzt Überweisungen in Krankenhäuser vorgenommen. Es entstehen längere Fahrzeiten. Als Folge dieses Gesetzes werden die Patienten in erheblicher Weise zusätzlich belastet.

Meine Frage lautet: Wie beurteilen Sie diese Problematik angesichts der von der Bundesregierung zu Recht betonten Bedeutung der Präventionsmaßnahmen und des Vorsorgeverhaltens der Menschen? Das wird jetzt sehr viel schwieriger. Können Sie Wege aufzeigen, wie die drohenden Versorgungslücken geschlossen werden können?

**Gudrun Schaich-Walch,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Wir haben uns noch einmal mit dem Gesetz, das unter Ihrer Regierungsverantwortung eingeführt worden ist, und seinen Folgen auseinander gesetzt. Wir haben bei der Überprüfung feststellen können, dass wir gerade im internistischen und fachärztlichen Bereich eine sehr viel größere Arztdichte haben, als das im hausärztlichen Bereich der Fall ist. Außerdem gibt es die Möglichkeit, dass, wenn in einem Teilbereich Unterversorgungsprobleme auftreten, sich weiterhin Internisten und Kinderärzte an dieser Form der hausärztlichen Versorgung beteiligen. (C)

Sie haben mit der Prävention und der Qualität einen zweiten Punkt angesprochen. Der Bundestag hatte vor einigen Wochen die Gelegenheit, sich die Möglichkeiten neuer medizinischer Spezialgeräte anzuschauen. Es ist unter Umständen lohnend, einen etwas längeren Weg in Kauf zu nehmen, wenn dafür Sorge getragen wird, dass komplizierte Untersuchungen mit einer sehr hohen Aussagekraft von erfahrenen Spezialisten, die eine hinreichende Anzahl von Untersuchungen durchführen, vorgenommen werden. Unter Qualitätsgesichtspunkten ist das eigentlich wünschenswert.

Die apparative Ausstattung ist ein wichtiger Punkt. Es handelt sich dabei um Geräte, die kompliziert zu bedienen und sehr teuer sind. Wir haben ein Interesse daran, dass diese Geräte entsprechend gut ausgelastet sind und diejenigen, die damit umgehen, erfahren sind. Das setzt eine bestimmte Anzahl von Untersuchungen voraus.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Zweite Nachfrage, bitte.

(D) **Detlef Parr** (FDP): Frau Präsidentin, ich muss Sie bitten, zu prüfen, ob das, was ich jetzt sage, richtig ist. Die Frau Staatssekretärin hat gesagt, dass beide Fragen zusammen beantwortet werden können. Das ist auch richtig, aber die zweite Frage – akzeptieren Sie die Alternative, dass die hausärztlich tätigen Internisten diese Untersuchungen durchführen, damit das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient nicht unterbrochen wird und Warte- und Fahrzeiten vermieden werden? – ist leider noch nicht beantwortet worden.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Sie dürfen aber auch vier Nachfragen stellen, das wissen Sie.

**Detlef Parr** (FDP): Das ist nett.

**Gudrun Schaich-Walch,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Ich hatte gesagt, dass die Spezialisten durchaus die Möglichkeit haben, über einen bestimmten Zeitraum an der hausärztlichen Versorgung teilzunehmen, wenn tatsächlich ein Versorgungsdefizit besteht. Dieses Versorgungsdefizit wird nicht von der Bundesregierung festgestellt, sondern von der Selbstverwaltung. Diese hat im Rahmen des Zulassungsverfahrens die Möglichkeit, eine Verlängerungsfrist zu gewähren.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Die dritte Nachfrage bitte.

(A)

**Detlef Parr** (FDP): Genau diese Möglichkeit der Ermächtigungsentscheidung ist das Problem. Es gibt nämlich Beispiele, dass Anträge von hausärztlich tätigen Internisten, die weiter behandeln wollen, von den zuständigen Krankenversicherungen mit dem Hinweis auf anfechtbare Präzedenzfälle abgelehnt werden. Ich habe die große Sorge, dass wir patientenunfreundliche Lösungen vorfinden, die ab dem 1. Januar zu einer erheblichen Beunruhigung innerhalb der Bevölkerung führen werden. Wie können wir diese Probleme in den Griff bekommen?

**Gudrun Schaich-Walch,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Herr Parr, ich habe eine Bitte: Wenn Sie einen solchen Präzedenzfall kennen, sollten Sie ihn uns zuleiten. Dann werden wir ihn der Aufsichtsbehörde des Landes zuleiten, damit sie prüft, ob sich die KV gemäß Recht und Gesetz verhalten hat.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Jetzt gibt es noch eine letzte Nachfrage.

**Detlef Parr** (FDP): Frau Staatssekretärin, haben Sie von den Krankenkassen Rückmeldungen bekommen, dass sie sich dieser Probleme bewusst sind? Ihnen entstehen ja durch längere Fahrzeiten und Ähnliches zusätzliche Kosten, die man durch die Kompromisslösung vermeiden könnte, die ich in meiner zweiten Frage vorgeschlagen habe. Ist Ihnen die Position der Krankenkassen bekannt und wissen Sie, ob ihnen bewusst ist, was ab 1. Januar 2003 auf sie zukommt?

(B)

**Gudrun Schaich-Walch,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Ich gehe davon aus, dass sich die Selbstverwaltung dessen bewusst ist, nehme es aber gern als Anregung für ein Gespräch auf, um die Krankenkassen und KVen für diese Frage zu sensibilisieren. Gleichwohl bin ich nach wie vor der Überzeugung, dass wir einen gewissen zusätzlichen Aufwand für den Patienten in Relation zu dem angestrebten Ziel einer qualitativ hochwertigen Untersuchung sehen müssen. Fahrtkosten kommen auf die Krankenkassen nur dann zu, wenn der Patient überhaupt nicht in der Lage ist, die ärztliche Untersuchung ohne Unterstützung wahrzunehmen. Das heißt, die Fahrtkosten müssen von dem Arzt, der die Untersuchung angeordnet hat, verordnet werden. In der Regel handelt es sich aber um Vorsorgemaßnahmen, wie Sie selbst sagten. Hier sollte der Patient in der Lage sein, auch einen etwas längeren Weg zurückzulegen. Das dient auch dem Ziel, die technisch möglichen Ressourcen in unserem Gesundheitssystem auszunutzen. Diese Güterabwägung müssen wir den Selbstverwaltungspartnern, den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassen, nach wie vor überlassen. Dessen ungeachtet sichere ich Ihnen zu, dass ich Sie noch einmal auf den Termin 31. Dezember 2002 hinweisen werde.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Die Fragen zum Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes und zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung werden ebenfalls schriftlich beantwortet.

(C)

Ich rufe daher als letzten Geschäftsbereich den des Bundesministeriums der Justiz auf. Zur Beantwortung der Fragen steht Herr Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Eckhart Pick zur Verfügung.

Da auch die Frage 14 schriftlich beantwortet wird[1]), rufe ich die Frage 15 des Kollegen Dr. Ilja Seifert auf:

> Welche Bedenken haben Verbände, Organisationen und Körperschaften des öffentlichen Rechts gegenüber der Bundesregierung dagegen geltend gemacht, dass die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode ein Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz (ZAG) auf der Grundlage eines Diskussionsentwurfs des Bundesministeriums der Justiz vom Dezember 2001 in den Deutschen Bundestag einbringt, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um diesen Bedenken zu begegnen?

**Dr. Eckhart Pick,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Herr Kollege Dr. Seifert, bereits in der Fragestunde am 17. April hatte ich Ihnen ausführlich auf Ihre Fragen geantwortet. Der zentrale Punkt der aktuellen Diskussion ist, dass sich die Kirchen für eine Herausnahme der Merkmale Religion und Weltanschauung aus dem Katalog der Diskriminierungsverbote des Entwurfs eines Gesetzes zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht ausgesprochen haben. Demgegenüber fordert der Zentralrat der Juden eine Beibehaltung dieser Merkmale. Bislang sind verschiedene Lösungsmöglichkeiten entwickelt und den Beteiligten nahe gebracht worden. Der gesellschaftliche Diskurs muss aber nach unserem Eindruck noch intensiv weitergeführt werden.

(D)

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Dr. Seifert, Ihre erste Nachfrage, bitte.

**Dr. Ilja Seifert** (PDS): Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Antwort. Lassen Sie mich vorausschicken, dass ich Ihre Antwort auf meine damaligen Fragen anders verstanden hatte. Wenn ich mich recht entsinne, hatten Sie gesagt, die Bundesregierung tue alles, um das Zivilrechtliche Antidiskriminierungsgesetz noch in dieser Wahlperiode zu verabschieden. Heute höre ich von Ihnen ebenso wie von den Medien etwas anderes. Wenn ich das richtig verstanden habe, läuft es ausschließlich darauf hinaus, dass zwei große Kirchen die Diskriminierung wegen religiöser Orientierung nicht in das Gesetz aufgenommen haben wollen, in dessen Entwurf es heute heißt, dass Menschen wegen ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft und ihrer Behinderung nicht diskriminiert werden dürfen. Ist dies tatsächlich der einzige Grund, an dem dieses wichtige Gesetz in dieser Legislaturperiode scheitern soll?

**Dr. Eckhart Pick,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Herr Kollege Dr. Seifert, dies ist einer der zentralen Punkte, die wir in dieser Diskussion zu beachten haben. Wie Sie wissen, gibt es darüber hinaus

---

[1]) Antwort lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

eine Reihe anderer Vorbehalte. Aber auf diesen Bereich konzentriert sich im Moment die Problemlage ganz besonders. Richtig ist, dass wir uns eigentlich vorgestellt hatten, dass das Projekt in dieser Legislaturperiode zu Ende gebracht werden könne. Wir hoffen, dass wir dem noch möglichst nahe kommen, indem wir den Diskurs mit den Betroffenen – vor allen Dingen den Kirchen, aber auch den Verbänden – weiterführen.

Wir haben sicher nicht resigniert. Eine ganze Reihe von Punkten, deren Aufnahme in das Antidiskriminierungsgesetz wir vorgesehen hatten, haben wir bereits umgesetzt: Wir haben heute im Rechtsausschuss etliche Punkte, die wir für wichtig halten, in das OLG-Vertretungsänderungsgesetz aufgenommen. Dabei geht es insbesondere darum, dass Menschen mit Behinderungen alle mögliche Unterstützung erhalten müssen, um am Prozessgeschehen teilnehmen zu können, also Übersetzer, Artikulationshilfen usw. Wir haben heute außerdem beschlossen, eine neue Vorschrift ins BGB einzuführen, die erwachsene Geschäftsunfähige in die Lage versetzt, Geschäfte des täglichen Lebens mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln bewirken zu können. Auch das entspricht einer von den Behindertenverbänden seit vielen Jahren erhobenen Forderung.

Wir sind hier auf dem richtigen Wege. Das, was wir noch ohne größeren Diskussionsbedarf umsetzen können, realisieren wir ohne Rücksicht darauf, wie die große Lösung – die wir auch lieber erzielten – letztlich aussehen wird.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Zweite Nachfrage, Herr Kollege Seifert, bitte.

**Dr. Ilja Seifert** (PDS): Herr Staatssekretär, wenn ich das richtig verstehe, haben Sie jetzt bereits auf meine zweite Frage geantwortet. Ich möchte doch aber gern auf die erste zurückkommen. Sie sagten, das Hauptargument sei das Argument der beiden großen Kirchen. Ich habe zunächst einmal danach gefragt, welche Gründe Sie davon abhalten, den Gesetzentwurf auch gegen den Widerstand bestimmter gesellschaftlicher Gruppen – in diesem Fall also der beiden Kirchen – einzubringen, und welche weiteren Argumente es von welchen Interessengruppen auch immer gibt. Ich habe bis jetzt kein einziges gehört.

Auf die Dinge, die Sie gerade gesagt haben, würde ich gern im Zusammenhang mit der Beantwortung der zweiten Frage eingehen wollen.

**Dr. Eckhart Pick,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Herr Dr. Seifert, ich glaube, ich habe Ihnen schon am 17. April auf Ihre Frage nach den Stellungnahmen einzelner Verbände, unter anderem der Arbeitgeber, eine Antwort gegeben. Es ist richtig, dass viele Verbände – dazu gehören zum Beispiel die Vermieterverbände und die wohnungspolitischen Verbände – mit diesem Gesetz Probleme haben. Ein Gesetz, das in manchen Bereichen so tief in die Vertragsfreiheit eingreift, kann man nicht mit der Brechstange durchsetzen.

Vielleicht können Sie uns vorwerfen, wir hätten nicht abgesehen, dass der Diskussionsbedarf – Sie können ihn auch Widerstand nennen – so intensiv sein würde. Wir wollen überzeugen; das dauert eine gewisse Zeit. Insofern ist das ganze Verfahren natürlich nicht so schnell abgelaufen, wie wir es uns eigentlich vorgestellt hatten.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Jetzt rufe ich die Frage 16 des Abgeordneten Dr. Ilja Seifert auf:

> In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, den nachdrücklichen Forderungen von Sozialverbänden – so zum Beispiel am 15. Mai 2002 auf dem Bundesverbandstag des Sozialverbandes VdK gegenüber dem Bundeskanzler Gerhard Schröder – und von Betroffenenorganisationen, zum Beispiel von Menschen mit Behinderungen, von Migrantinnen und Migranten, von Lesben und Schwulen und anderen, deren Diskriminierungen ja geächtet und geahndet werden sollen, nach Verabschiedung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode Rechnung zu tragen?

**Dr. Eckhart Pick,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Herr Dr. Seifert, die Bundesregierung hält es für sehr wichtig, dass ein breit angelegtes Diskriminierungsverbot geschaffen wird, das neben den Merkmalen der ethnischen Herkunft oder der sexuellen Identität auch das Merkmal einer Behinderung umfasst, damit den Belangen von Menschen mit Behinderungen angemessen Rechnung getragen werden kann. Sie würde dies gern in dieser Legislaturperiode verwirklichen.

Wie ich Ihnen sagte, haben wir schon begonnen, eine ganze Reihe von Forderungen umzusetzen. Sie erkennen daraus, dass der Bundesregierung dieses Anliegen wirklich wichtig ist. Die Punkte, die wir jetzt ohne großen Diskussionsbedarf in unsere Gesetzgebungsvorhaben aufgenommen haben, sind bereits ein wesentlicher Beitrag, mit dem die Diskriminierung gerade der Behinderten verhindert werden kann.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Seifert, bitte stellen Sie auch hierzu Ihre erste Nachfrage.

**Dr. Ilja Seifert** (PDS): Herr Staatssekretär, selbstverständlich liegen mir die Interessen von Menschen mit Behinderungen besonders am Herzen. Dafür engagiere ich mich auch am meisten. Daher ist es mir auch so wichtig, dass die Gruppen, die unter verschiedenen Diskriminierungen leiden, nicht länger auseinander dividiert werden. Sie haben gerade gesagt, dass zum Beispiel Vermieterverbände gegen eine solche Regelung auftreten. Wollen sie keine Menschen mit Behinderungen in ihren Wohnungen haben? Und das Antidiskriminierungsgesetz wollen Sie, die Regierung, nicht gegen die Interessen dieser Gruppen durchsetzen? Es kann doch nicht sein, dass man, wenn man ein Diskriminierungsverbot durchsetzen will, diejenigen, die diskriminieren, mit ins Boot hineinholt und sagt: Wenn ihr einverstanden seid, machen wir mit, wenn nicht, machen wir nicht mit.

Die Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen, die Sie jetzt genannt haben, hätten Sie ohne weiteres bereits im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes vornehmen können. Das haben Sie aber bewusst und mit der Begründung abgelehnt, dass Sie ja das ZAG machen wollen. Erklären Sie mir bitte diesen Widerspruch! Das Gleichstellungsgesetz ist

**Dr. Ilja Seifert**

(A) jetzt seit genau einem Monat in Kraft. Dies muss man für diejenigen, die sich nicht jeden Tag mit dem Thema befassen, vielleicht einmal sagen.

**Dr. Eckhart Pick,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Herr Dr. Seifert, Sie wissen, dass wir uns entschieden haben, neben dem Gleichstellungsgesetz ein Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Sie wissen, dass das Bundesministerium der Justiz im Dezember letzten Jahres einen entsprechenden Entwurf vorgelegt hat und dieser Grundlage der Diskussion sein soll und auch ist.

Dass die Diskussion so schwierig werden würde – das habe ich vorhin schon ausgeführt –, konnten wir nicht voraussehen. Deswegen haben wir uns für einen anderen Weg entschieden, den Sie möglicherweise nicht mitgehen wollen: Wir wollen die Teile aus diesem Antidiskriminierungsgesetz herauslösen, die wir jetzt auf die Schnelle und sehr bald Gesetz werden lassen können. Ich denke, dies ist ein zumindest plausibles Vorgehen. Wir wollen, dass insbesondere Menschen mit Behinderungen möglichst schnell besser gestellt werden.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Eine letzte Nachfrage des Kollegen Dr. Seifert. Bitte.

**Dr. Ilja Seifert** (PDS): Wenn ich mich recht entsinne, hat das BMJ im Dezember vergangenen Jahres keinen Gesetzentwurf, sondern nur ein Eckpunktepapier vorgelegt. Wenn ich mich recht entsinne, besteht dazwischen doch (B) ein kleiner Unterschied; dies wollen wir aber dahingestellt sein lassen.

Trotzdem: Die Pünktchen, die Sie jetzt genannt haben, sind für diejenigen, die sie betreffen, wichtig – das ist keine Frage und ich bin selbstverständlich dafür, dass eine entsprechende Regelung getroffen wird –, aber es sind marginale Pünktchen im Verhältnis zu einem wirklichen Diskriminierungsverbot, das mit Ahndungen für diejenigen verbunden wäre, die dieses Verbot brechen. Warum haben Sie diese für Menschen mit Behinderungen wichtigen Punkte nicht gleich in das Bundesgleichstellungsgesetz aufgenommen? Jeder von Ihnen wusste genauso gut wie ich, dass es erheblichen Widerstand geben würde, und zwar genau von den Gruppen, die Sie genannt haben, und dass die Punkte, die Sie jetzt ändern wollen, auch damals schon regelbar waren.

**Dr. Eckhart Pick,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz: Herr Dr. Seifert, es ist damals so entschieden worden. Die Bundesregierung hat diesen Weg eingeschlagen. Die Bundesregierung – und nicht nur das Bundesjustizministerium – ist nach wie vor der Meinung, dass das Zivilrechtliche Antidiskriminierungsgesetz kommen muss, insbesondere mit seinen allgemeinen Vorschriften und auch den Sanktionsmöglichkeiten, die wir vorgesehen haben. Insoweit haben wir einen ausformulierten Entwurf vorgelegt.

Die Bundesregierung wird auf diesem Weg weitermachen. Wir hoffen, dass dieser Diskurs, von dem ich sprach und der in unserer Gesellschaft offensichtlich notwendig (C) ist, stattfindet. Wir wollen das, was wir uns vorgenommen haben, auch durchsetzen.

**Vizepräsidentin Petra Bläss:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Damit ist die Fragestunde beendet und ich unterbreche an dieser Stelle die Sitzung. Sie wird mit der Aktuellen Stunde um 15.30 Uhr wieder eröffnet. Dies war interfraktionell so abgesprochen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.13 bis 15.31 Uhr)

**Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Haltung der Bundesregierung zu aktuellen, als antisemitisch bewerteten öffentlichen Äußerungen**

Ich eröffne die Aussprache. Für eine der Antrag stellenden Fraktionen gebe ich zunächst dem Kollegen Michael Müller, SPD, das Wort.

**Michael Müller** (Düsseldorf) (SPD): Meine Damen und Herren! Ein Blick auf die Einfärbung der europäischen Par- (D) teienlandschaft zeigt, worum es bei dieser Debatte heute geht. Die Kernfrage lautet: Wie reagieren die Demokratie und die Politik in einer instabilen Situation auf wachsende autoritäre und rechtspopulistische Strömungen, die sich in Europa zeigen? Es geht gerade bei dieser Frage darum, ob wir bereit sind, den Konsens in der Demokratie und den Konsens in einer wertorientierten Politik zu suchen oder ob wir mit dem Zeitgeist des Populismus mitschwimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Bläss [PDS])

In den letzten Tagen haben wir von Herrn Westerwelle gehört, dass die heutige Debatte purer Wahlkampf sei. Meine Damen und Herren, hier wird Ursache mit Wirkung verwechselt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb: Im engeren Sinne geht es uns nicht um Möllemann gegen Friedman. Das ist zwar wichtig und in diesem Zusammenhang auch besonders perfide, es geht aber um sehr viel mehr. Es geht um die Frage, ob die FDP auf das Kalkül setzt, den Rechtspopulismus hemmungslos als Wahlkampfmittel einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ist Ihnen von der FDP in einer instabilen Zeit jedes Mittel recht? Wir wissen, was in einer solchen Zeit aus diesen Strömungen werden kann; das erkennt man, wenn man den Blick auf andere europäische Länder richtet. Auf

**Michael Müller (Düsseldorf)**

(A) diesen entscheidenden Punkt sind Sie bis heute nicht eingegangen. Auch Ihre wachsweiche „Berliner Erklärung“, die die „Süddeutsche Zeitung“ als „Armseligkeitserklärung“ bezeichnet hat, reicht dafür nicht aus.

Noch einmal: Es geht um die Wirkung und nicht nur um einen einzelnen Satz. Es geht um die Äußerungen und die Strategie des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP. Ein Hinweis auf die ungeschickte Wortwahl reicht dabei nicht aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, ob mit dem Populismus nicht Türen geöffnet und die Geister der Vergangenheit wieder gerufen werden. Diese Frage muss gestellt werden, weil alle zentralen Fragen der nächsten Jahre nur mit einem Grundkonsens der Demokraten zu bewältigen sind. Sie alle, ob Globalisierung, Europäisierung oder die Neuordnung der Sozialsysteme, sind nicht mit der Beliebigkeit des Populismus zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist bekannt, dass die FDP gute liberale Traditionen besitzt. Dafür stehen Namen wie Ralf Dahrendorf, Karl-Hermann Flach, Burkhard Hirsch, Hildegard Hamm-Brücher und andere. Und wir wissen, dass unser Land einen solchen liberalen Geist braucht. Deshalb stellen wir die folgenden Fragen: Ist der heutigen FDP im Zweifelsfall jedes Mittel recht, um die „Strategie 18 %“ umzusetzen? Was bedeutet die Aussage von Jürgen Möllemann zu (B) dem gegenwärtigen Konflikt: „Der Gesamtvorgang war notwendig, damit wir nach vorne kommen“?

Wir stellen die Frage, ob das, was bisher Konsens und kollektive Vernunft in unserem Land war, nunmehr dem taktischen Spiel um die Zahl 18 untergeordnet wird. Nicht wir, sondern Herr Döring war es, der die Attacken des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden als strategische Überlegungen im Hinblick auf den Wahlkampf gezeichnet hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Bis heute haben Sie sich von diesem Populismus nicht distanziert, meine Damen und Herren von der FDP. Was heißt es, wenn Herr Möllemann erklärt: „Jetzt war es das Nahost-Thema; nun müssen wir in einem anderen Thema popularisieren“?

Wird erstmalig eine Partei, die die vergangenen fünf Jahrzehnte entscheidend mitgeprägt hat, zu einer inhaltsleeren Stimmungspartei? Diese Frage stellen wir uns, weil nämlich diese Veränderung fundamental an den Konstanten der Demokratie rüttelt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Spiegel hat Recht damit, dass Herr Möllemann und Herr Westerwelle es sich zu leicht machen, wenn sie dies als missverständliche Aussage hinstellen.

Wir können nicht verschweigen, dass Herr Goergen, der Berater von Herrn Möllemann, auch der Berater von Herrn Westerwelle ist. Sie müssen Klarheit darüber schaffen, welche Strategie sie vertreten. Ist es die Haiderisierung Deutschlands oder ist sie es nicht? (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Möllemann ist viel zu lange im politischen Geschäft, um die Wirkungen seiner Aussagen nicht zu kennen. Er weiß, was er tut. Zurzeit ist er dabei, braune Klischees salonfähig zu machen. Dies ist ungeheuerlich.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fragen wir die FDP, wie sie Klarheit schaffen will. Eine liberale FDP ist wichtig, weil sie gut für unser Land wäre.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Wie schön!)

Aber diese Entscheidung liegt bei Ihnen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Machen Sie sich keine Sorgen!)

Bisher haben Sie sich anders entschieden. Das wird daraus ersichtlich, dass Sie zu den Vorgängen sehr lange geschwiegen haben. Nicht von sich aus, sondern erst, als Gott sei Dank der öffentliche Druck der Medien funktioniert hat, haben Sie sich bewegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Theodor Adorno muss die Politik die Anstrengung sein, der Suggestion, der fragwürdigen Beeinflussung zu widerstehen, um zur Freiheit fähig zu sein. – Meine Damen und Herren, wir fragen die FDP, ob sie zur Freiheit fähig ist. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Ich dachte, Sie fragen die Bundesregierung!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Für die FDP-Fraktion gebe ich dem Kollegen Dr. Guido Westerwelle das Wort.

**Dr. Guido Westerwelle** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Rede eben hat eines gezeigt: Diese Aktuelle Stunde soll nicht der Demokratie dienen, sondern Ihrem Wahlkampf.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Thema ist zu ernst, als dass Sie es zu einem billigen Wahlkampfmanöver verkommen lassen sollten.

(Ilse Janz [SPD]: Ausgerechnet Sie müssen das sagen! Das ist unglaublich! Sie sollten sich schämen!)

Man macht in Deutschland keinen Wahlkampf mit Antisemitismus, aber auch nicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus gegenüber Demokraten, erst recht nicht in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP)

**Dr. Guido Westerwelle**

Wenn Sie davon sprechen, es ginge meiner Partei darum, braune Klischees salonfähig zu machen, dann ist das ehrverletzend und charakterlos. Sie legen die Axt an die Wurzeln der Gemeinsamkeit der Demokraten in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sollten sich schämen, den Wahlkampf in dieser Art und Weise fortzuführen.

(Ilse Janz [SPD]: Sie machen das doch! Sie machen diesen Wahlkampf mit 18 Prozent! – Peter Dreßen [SPD]: Haltet den Dieb!)

Wir stehen als Freie Demokraten seit Jahrzehnten für Kontinuität in der Außenpolitik und in der Innenpolitik. Wir Freien Demokraten haben mit Persönlichkeiten wie Theodor Heuss, Thomas Dehler und Reinhold Maier die demokratische Tradition in der Bundesrepublik mit begründet.

(Jörg Tauss [SPD]: Die drehen sich im Grabe um!)

Unsere Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel haben unserer Demokratie eine in der Völkergemeinschaft allseits geachtete Stimme gegeben. Es wird Ihnen nicht gelingen, die FDP als liberale Partei der Mitte in ein rechtsradikales Feindbild zu verwandeln. Wir bleiben die Partei der Mitte, so wie wir es stets waren.

(Beifall bei der FDP)

Was ich mit meinem Stellvertreter Jürgen Möllemann auszumachen habe, werde ich innerparteilich tun.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber nicht in Ordnung, dass Sie einen Demokraten, der Jahrzehnte dem Deutschen Bundestag angehört hat, zu einem braunen Feindbild erklären. Das ist unanständig. Wenn Sie das weiter versuchen, werden Ihnen die Freien Demokraten in diesem Haus und in dieser von Ihnen initiierten Wahlkampfdebatte stets geschlossen die entsprechende Antwort geben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sind der Meinung, dass Weltoffenheit und Toleranz die Geisteshaltung des Liberalismus sind. Freiheit ist die wichtigste liberale Botschaft. Freiheit heißt stets auch Vielfalt und Vielfalt heißt auch immer Toleranz. Wir Liberale sind eine Partei, die nicht irgendwelche Vorurteile und Stimmungen bedienen will.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Liberale sind vielmehr eine Partei, die Vorurteile stets mit ganzer Kraft bekämpfen wird, weil wir die liberale Partei der Aufklärung in diesem Hause sind.

(Beifall bei der FDP)

Den eigentlichen Tabubruch, den Sie an dieser Stelle begehen,

(Sebastian Edathy [SPD]: Wir?)

liegt vor allem darin, dass Sie in einer aufgeheizten Debatte nicht einmal vor dem schlimmsten Vorwurf zurückschrecken, nämlich dass ein Mitglied dieses Hauses, also jemand aus der demokratischen Gemeinschaft, allen Ernstes daran denken würde, mit irgendwelchen antisemitischen Ressentiments Wahlkampf zu betreiben. Sie wissen, dass das nicht stimmt. Wir verwahren uns gegen diesen Vorwurf.

(Beifall bei der FDP)

Wir finden es auch nicht in Ordnung, dass Sie auf diese Art und Weise die jetzige Debatte prägen wollen.

(Beifall bei der FDP – Peter Dreßen [SPD]: Wer hat denn angefangen?)

Zu der einen Äußerung von Jürgen Möllemann

(Andrea Nahles [SPD]: Eine? Das waren doch mindestens zehn!)

wiederhole ich das, was ich stets gesagt habe: Jürgen Möllemann hat seinen Fehler öffentlich eingeräumt. Er hat seine entsprechende Äußerung zurückgenommen. Das war auch notwendig. Er hat in einem Brief an Paul Spiegel geschrieben, dass seine entsprechende Äußerung ein Fehler gewesen sei, dass er diese Äußerung nicht hätte machen dürfen. Der Bundesvorstand meiner Partei hat erklärt, dass wir die entsprechende Äußerung von Jürgen Möllemann missbilligen und dass wir sie ausdrücklich bedauern. Ich finde, wenn Möllemann erklärt: „Das war ein Fehler; ich hätte das nicht sagen sollen“, und wenn die liberale Partei sagt: „Wir missbilligen diese Äußerung und wir bedauern sie“, dann wäre es an Ihnen, Ihre Attacken gegen die FDP nicht weiter zu reiten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Wahrheit ist so, dass sich die Menschen in Deutschland darauf verlassen können: Wir Liberalen sind eine Partei der Mitte und bleiben eine Partei der Mitte. Die Menschen werden übrigens nicht auf Ihre Leimruten gehen, weil sie genau wissen, dass die rot-grüne Regierung – darum geht es eigentlich – keine inhaltlichen Erfolge vorzuweisen hat und dass Sie jetzt verzweifelt versuchen, ein Feindbild zur Motivation der eigenen Leute aufzubauen, damit sie vorangehen. Dieses Manöver ist zu durchsichtig. Wenn Sie schlechte Politik gemacht haben, dann werden Sie aus der Defensive auch nicht durch Diffamierung der liberalen Partei herauskommen.

Wir wehren uns gegen diese Ehrverletzungen mit aller Entschiedenheit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Westerwelle als Vertreter des Täter-Opfer-Ausgleichs!)

**Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Volker Beck.

**Volker Beck** (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen gibt es keine Nachrichtensendung in dieser Repu-

**Volker Beck (Köln)**

(A) blik, die nicht mit der Nummer-eins-Geschichte beginnt, der Antisemitismusdebatte in der FDP, dem Streit zwischen Möllemann und Westerwelle usw., damit, wie man mit den antisemitischen Äußerungen von Herrn Möllemann umgeht. Und dazu, sagen Sie, soll der Bundestag schweigen, wenn sich das Land draußen fragt: Was machen die da in Berlin eigentlich? Wieso lassen die so etwas zu? Dazu sollen wir schweigen, wenn sich der Zentralrat der Juden in Deutschland zunehmend allein fühlt in dieser Republik? Dazu können wir als Deutscher Bundestag nicht schweigen, sondern wir müssen das zum Thema machen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

aber nicht zum Thema eines Wahlkampfes. Wir müssen uns vielmehr vergewissern, dass der innere Zusammenhalt dieser Republik auf einer klaren Absage an Antisemitismus und auch an das Spielen mit antisemitischen Ressentiments begründet ist. Diese Klarheit brauchen wir, weil Sie daran zu wünschen übrig lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

In Berlin werfen Unbekannte im März einen Brandsatz auf die Kreuzberger Synagoge. Funktionsträger der jüdischen Gemeinden berichten von zunehmenden antisemitischen Schmähanrufen und Schmähbriefen. Auf dem Ku'damm werden im April zwei orthodoxe Juden und zwei Frauen, die einen Davidstern tragen, von Jugendlichen angegriffen. Das Bundesinnenministerium registriert für das Jahr 2001 über 1 600 Straftaten, die antisemitisch motiviert waren. Vor diesem Hintergrund stellte (B) bereits vor Ihrer Debatte Salomon Korn die Frage, die uns allen zu denken geben muss, ob es richtig war, dass die Juden in Deutschland geblieben sind und wieder nach Deutschland gekommen sind.

Vor diesem Hintergrund führen Sie eine Debatte, in der Sie den Antisemiten das Wort reden. Das ist ungeheuerlich. Wir alle müssen uns doch fragen: Wie kann es kommen, dass Antisemitismus in dieser Gesellschaft so breiten Rückhalt hat? Wir müssen ihn zurückweisen und dürfen ihn nicht, gleich welcher politischen Couleur, für den Wahlkampf instrumentalisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn der Antisemitismus hat keine politische Heimat; ihn gibt es links, ihn gibt es rechts. Aber demokratische Parteien dürfen ihn niemals für ihren Wahlkampf nutzen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Völlig richtig!)

Deshalb appelliere ich an Sie, Herr Westerwelle: Machen Sie da einen klaren Schnitt, und zwar nicht um des Wahlkampfs und um der Parteipolitik willen, sondern um des Klimas in unserem Land willen, damit Juden in Deutschland wissen, dass sie weiterhin hier gut aufgehoben sind, und sich nicht die Frage stellen müssen, wie Ralph Giordano unlängst in einem Artikel, ob es wieder gefährlich ist, als Jude in Deutschland zu leben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C) Deshalb: Stoppen Sie diese Debatte, stoppen Sie Herrn Möllemann! Setzen Sie an dieser Stelle einen klaren Schnitt!

Was da geäußert wurde, war nicht nur eine Sache von Missverständnissen. Am 4. April sagte Herr Möllemann in einem Interview der „taz" – damals hat sich noch niemand richtig darüber aufgeregt – zu Israels Politik:

> Was würde man denn selber tun, wenn Deutschland besetzt würde?
>
> Es wäre dann meine Aufgabe, mich zu wehren. Und ich würde es nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.

Und das vor dem Hintergrund von fast täglichen Selbstmordanschlägen in Israel! Wie kann man diese Äußerungen eigentlich missverstehen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn man sie richtig versteht, muss man erschrecken.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Das ist drei Minuten später klargestellt worden!)

– Drei Minuten später klargestellt worden? Das ist ein autorisiertes Interview in der „tageszeitung" gewesen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sie lesen die nicht!)

Herr Möllemann hat in öffentlichen Äußerungen Herrn Scharon und in Deutschland Herrn Friedman wegen seiner angeblichen gehässigen Art für den Antisemitismus in diesem Land verantwortlich gemacht. Das ist das klassische Stereotyp: Der Jude soll selber schuld sein an seinem Unglück. (D)

Frau Leutheusser-Schnarrenberger aus Ihren eigenen Reihen hat gesagt, Herr Möllemann versuche eine diffuse Sammlungsbewegung aus der FDP zu machen und rechtspopulistische Signale auszusenden. Dieses Manöver scheint wohl unbestritten zu sein.

Meine Damen und Herren, jeder sagt einmal etwas Dummes, das er hinterher bereut. Aber hier ist ja nichts bereut worden. Wochenlang wurde nun an mannigfaltigen historischen Beispielen gezeigt: Es handelt sich um eine Denkfigur in der Tradition des Antisemitismus. Herr Möllemann weigert sich dennoch, sich bei Herrn Friedman für diese Äußerungen zu entschuldigen. Das ständige Spielen an dieser Grenze – zurücknehmen, aber sich doch eher als Opfer darstellen – schürt weiter die antisemitischen Ressentiments.

Die Verteidigungsstrategie, die Sie, Herr Westerwelle, tagelang gewählt haben – Sie haben behauptet, man müsse doch auch in Deutschland einmal einen Juden oder Israel kritisieren dürfen –, setzt voraus, dass Sie meinen, das Publikum denke, eigentlich sei die Israelkritik von einer zionistischen Weltverschwörung in der Presse verhindert worden und wir könnten hier nicht offen darüber reden. Wir reden in Deutschland aber doch immer schon offen über unsere Besorgnis über eine falsche israelische Politik von Scharon. Diese Politik muss man und darf man kritisieren,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Volker Beck (Köln)**

(A) aber man darf seine Kritik nicht antisemitisch begründen; das ist das Problem. Damit muss jetzt von Ihrer Seite endlich Schluss gemacht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Ich erteile für die Fraktion der CDU/CSU dem Kollegen Dr. Wolfgang Schäuble das Wort.

**Dr. Wolfgang Schäuble** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir ist in diesen aktuellen Debatten – es gibt in diesen Tagen nicht nur eine – ein bisschen zu viel Aufgeregtheit. Wir sollten uns gerade bei diesem Thema vor Übertreibungen hüten.

In diesem Hause braucht man nicht lange zu betonen, dass die FDP eine demokratische Partei ist, dass sie es bleibt und dass sie des Antisemitismus unverdächtig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube übrigens nicht, dass der Antisemitismus in Deutschland eine Chance hat, aber er darf auch niemals wieder eine Chance bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das sind wir gar nicht in erster Linie unseren jüdischen Mitbürgern schuldig, sondern das sind wir uns selbst, unserer Vergangenheit und unserer Zukunft schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Man kann über die Politik der israelischen Regierung streiten. Die Israelis tun dies selbst. Israel ist übrigens die einzige Demokratie in dem Raum dort und die Israelis streiten kräftig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dass Deutschland eine besondere Verantwortung dafür hat, dass Israel in Sicherheit und in sicheren Grenzen leben kann, muss aber unstreitig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es muss nicht jeder in Deutschland jeden sympathisch finden. Dass einer Christ, Jude, Muslim oder Atheist ist, macht ihn noch nicht zu etwas Besonderem. Aber dass es in Deutschland wieder jüdisches Leben gibt, ist nach Hitler und Auschwitz etwas Besonderes.

(Beifall im ganzen Hause)

Es ist etwas Kostbares. Deswegen müssen wir alle sorgsam damit umgehen.

Herr Kollege Westerwelle, deswegen begrüße ich, dass Sie Klarheit schaffen, dass Sie mit Ihrer Ankündigung – –

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön wär's!)

– Entschuldigung! Ich bin nicht der Sprecher der FDP, aber ich habe gelesen, dass der FDP-Vorsitzende angekündigt hat, dass, wenn Herr Karsli bis Montag nicht (C) als Mitglied der Landtagsfraktion ausgeschieden ist, er keine Grundlage mehr für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit seinem Stellvertreter sieht.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum hat er das hier nicht gesagt? – Andrea Nahles [SPD]: Warum hat er das hier nicht vorgetragen? – Weiterer Zuruf der SPD: Ist das Arbeitsteilung? – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Lassen Sie ihn vortragen!)

– Verzeihen Sie! Ich darf das trotzdem sagen. Ich habe es zur Kenntnis bekommen. Ich habe die Meldung gelesen. Ich begrüße es und ich finde es richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der FDP)

Das ist übrigens für einen Parteivorsitzenden keine einfache Entscheidung. Man kann eine Landtagsfraktion nicht zwingen. Aber Herr Möllemann, von dem auch ich nicht glaube, dass er antisemitisch ist, hat nun zu viel dazu beigetragen, dass Zweifel gewachsen sind. Man kann nicht rechts blinken und links abbiegen. Das geht in der Politik genauso schief wie im Straßenverkehr. Wenn man sagt, Herr Karsli könne nicht in der FDP sein, was richtig ist, dann ist auch richtig, dass er nicht in der Landtagsfraktion der FDP sein soll. Ich begrüße es, dass Klarheit geschaffen wird.

Aber – das füge ich gleich hinzu – wir sollten auch nicht mit zweierlei Maß messen. Solange Herr Karsli Mitglied der Fraktion der Grünen war, hat es keine Aufregung gegeben – und bei Rot-Grün schon gar nicht. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der PDS – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hat er so etwas auch nicht gesagt!)

Es tut mir Leid.

Im Übrigen, wenn wir schon dabei sind: Sie sollten nicht so selbstgerecht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Karsli hat alle diese Äußerungen als Mitglied der Grünen gemacht. Es hat keinen Aufschrei gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie bei der FDP – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehen Sie es sich genau an, bevor Sie solche Behauptungen aufstellen!)

Damit Sie sich nicht allein ärgern müssen, Herr Kollege Schlauch: Die Spatzen pfeifen es doch von den Dächern, dass bis vor kurzem ausgerechnet der Kollege Möllemann die Haupthoffnung von Herrn Schröder wie von Herrn Clement auf eine Koalition mit der FDP gewesen ist. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: In Interviews nachzulesen! – Peter Dreßen [SPD]: Winkeladvokat! – Rezzo

**Dr. Wolfgang Schäuble**

(A) Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich ärgere mich nicht über Sie, ich wundere mich über Sie!)

Deswegen sage ich Ihnen, Sie sollten wirklich auch den Verdacht meiden, Sie wollten mit dieser Debatte von Ihren eigenen Problemen ablenken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Unsere Verantwortung aus unserer Vergangenheit ist für uns alle zu wichtig, als dass wir sie zu leicht und zu billig in die kleine Münze parteitaktischer Vorteile ummünzen sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bleibe dabei, dass der Antisemitismus in Deutschland keine Chance hat. Vielleicht nährt sich die Gefahr populistischer Bewegungen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern eher daraus, dass viele Menschen den Eindruck gewinnen, die politische Klasse, einschließlich der Medien, beschäftige sich mit vielen Problemen nicht so ernsthaft, wie sie die Menschen in ihrem Alltag real erleben und erfahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen ist es wichtig, dass wir uns nicht in Scheindebatten aufregen, sondern dass wir uns mit den wirklichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, innere Sicherheit, Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger beschäftigen.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Je bessere Lösungen dafür gefunden werden, umso weniger werden die Populisten eine Chance haben. Die Populisten von rechts nicht und die von links übrigens auch nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters:** Für die Fraktion der PDS spricht die Kollegin Petra Pau.

**Petra Pau** (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, ein wenig zurückzublicken und sich mit mir zu erinnern. Im Juli 1999, also vor knapp drei Jahren, brachte der „Stern“ ein Interview mit Ignatz Bubis. Damals wussten wir noch nicht, dass es mehr als ein Interview war. Es war ein Lebensresümee, denn wenig später verstarb der damalige Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland. Auf die Frage: „Was haben Sie bewirkt?“, sagte er resigniert: „Nichts, fast nichts!“

Ich räume gern ein: Damals empfand ich seine Einschätzung als zu resignierend, als zu düster und zu hoffnungslos. Dabei kannte ich die Zahlen; denn die PDS-Fraktion erfragt sie regelmäßig und seit Jahren.

So wurden allein im Zeitraum 1998 bis 2001, also binnen nur vier Jahren, 3 473 antisemitische Straftaten registriert, das heißt, Tag für Tag zweieinhalb. Wir alle wissen: Antisemitismus misst sich mitnichten an der amtlichen Statistik; diese schönt in diesem Fall eher, was schlimm ist, und sie unterschlägt, was unterhalb von Straftaten und Strafmaßen liegt, was aber den Nährboden für Exzesse bietet. (C)

Ich las unlängst Günter Gaus; er schrieb – nicht ohne zu stocken, wie er meinte – von einer „arglosen Grenznähe zum gewöhnlichen Antisemitismus“, der sich weit verbreite.

Erinnern wir uns weiter: Nachdem Ignatz Bubis verstorben war, mangelte es nicht an guten Worten – und an schlechten. Damit meine ich nicht jene, die aus der ganz rechten Ecke kamen, sondern Nachrufe, selbst aus Regierungsstuben, die missverständlicher gar nicht sein konnten. So lobte der damalige Regierungssprecher: Bubis habe mit nie versiegender Kraft dazu beigetragen, dass die Schatten der Vergangenheit kleiner werden. – Ich denke, gründlicher kann man ein Lebenswerk nicht ins Gegenteil verkehren; denn Bubis mahnte gegen das Vergessen, gegen das Verdrängen, gegen das Verkleinern dessen,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

was verharmlosend heute oft Schatten genannt wird. Er beklagte sich bitter, dass ein Großteil der Bevölkerung wie Martin Walser denke: Ende, Schlussmachen, nur Nach-vorne-Schauen. Was ist denn dieses Da-Vorne, wenn die Schatten kleiner geworden sind? Da gibt es den einen, der meint, die Bundeswehr solle in Palästina und Israel eingreifen. Ist das etwa das normale Da-Vorne?

(V o r s i t z: Präsident Wolfgang Thierse)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich heute Ignatz Bubis in Erinnerung rufe, dann auch, weil jene Jüdinnen und Juden, die in Alltagsangst leben, deren Gebetsstätten und Schulen mit Sperrzäunen und Maschinengewehren geschützt werden müssen, kaum noch Gehör finden. Dass auf dem Berliner Ku’damm jüngst Juden überfallen wurden, weil sie Juden sind, war kaum mehr als eine kurze Meldung wert. Deshalb greift es, wie ich finde, wieder einmal viel zu kurz, wenn der Eindruck erweckt und verstärkt wird, es ginge aktuell um eine Auseinandersetzung zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und den Exponenten einer anderen Meinung. Es geht um ein gesellschaftliches Problem, das nicht delegierbar ist. (D)

(Beifall bei der PDS)

Vielleicht hätten wir ohnehin öfter zuhören sollen, wenn jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger Widerspruch anmeldeten oder Vorschläge äußerten, Widerspruch beispielsweise bei der De-facto-Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Vorgeschlagen, aber nie beschlossen wurde, den Antifaschismus als Wert ins Grundgesetz aufzunehmen. Wir haben das aufgegriffen; Sie wissen das. Im Moment läuft parallel im Rechtsausschuss die Anhörung zu diesem Thema.

Dennoch will ich uns auch diese Replik nicht ersparen. Ignatz Bubis sagte in dem erwähnten „Stern“-Interview, er wolle nicht in Deutschland beerdigt werden. Das ist, wie ich finde, ein beschämendes Urteil über das Deutschland, in dem Ignatz Bubis lebte und in dem wir leben. Er sagte auch, warum: Ich will nicht, dass mein Grab in die Luft gesprengt wird wie das von Heinz Galinski. – Auch

**Petra Pau**

(A) das war kurz vor seinem Tod. Ich weiß, dass die Witwe von Heinz Galinski damals auf ein gesellschaftliches Signal wartete und dass sie heute auf ein gesellschaftliches Signal wartet.

Es geht nicht darum, ob wir dem Zentralrat der Juden etwas sagen, sondern man schaut um unserer selbst willen und dieser Menschen willen darauf, was wir heute hier tun, aber auch, was da draußen tatsächlich passiert. Ich finde es schon schwierig, dass der Zentralrat heute zu einer Demonstration gegen diese Entwicklung in der Gesellschaft aufrufen muss und dieser Aufschrei nicht aus der ganzen Gesellschaft kommt.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Wilhelm Schmidt, SPD-Fraktion.

**Wilhelm Schmidt** (Salzgitter) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da muss man schon tief betroffen sein, finde ich, wenn man die Ablenkungsmanöver von Herrn Westerwelle und Herrn Schäuble hier zu hören bekommt, die allein dazu dienen, von der Schuld und der Mitschuld abzulenken, die in diesen Tagen aufgehäuft worden ist. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird nach dem Motto operiert: Haltet den Dieb – als ob diejenigen, die sich jetzt schützend vor die jüdischen Gemeinden und die jüdischen Menschen in (B) Deutschland stellen, die Schuldigen der Debatte wären. Dies darf nicht sein.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie, Herr Westerwelle, hier Altliberale wie Theodor Heuss zitieren,

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das ist zynisch!)

dann kann ich Ihnen nur sagen: Die würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie das verfolgen könnten, was in Ihrer Partei passiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, die FDP verfolgt mit dem durch Herrn Möllemann ferngelenkten Vorsitzenden Westerwelle zielstrebig und unverhohlen eine Hinwendung zum rechten Wählerrand. Wer mitten in der Zeit dieser Entwicklungen in einem Interview das gesamte Protestwählerpotenzial von angeblich 25 Prozent ohne jedes Tabu ins Visier nimmt, ist wahrhaftig und endgültig – ich habe das heute Morgen in meiner Pressekonferenz so gesagt – durchgeknallt, Herr Westerwelle.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will, weil Sie dieses Ablenkungsmanöver nicht haben dürfen, auch das zitieren, was die Agenturen zu Ihrem „Stern“-Interview schreiben:

(C) Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle will die Liberalen zur Protestpartei umwandeln und dabei auch bisherige Wähler rechts- oder linksradikaler Parteien gewinnen.

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jeder ist uns recht!)

„Uns ist jeder willkommen ...

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie lassen die Hälfte weg, Herr Kollege! Lesen Sie den Satz zu Ende!)

Jetzt geht doch die Hälfte der Bürger nicht mehr zur Wahl. Das kann nicht so bleiben“ ... Wähler von PDS oder DVU hätten „früher nicht zwangsläufig mit rechtsradikaler oder kommunistischer Gesinnung“ so entschieden, sondern „weil ihr Frust ein Ventil gesucht hat“.

Das ist Rechtspopulismus reinsten Wassers.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Sie müssen hier schon einen Satz vollständig vorlesen!)

Herr Westerwelle, wer im Container startet, die Schuhgröße 18 hat,

(Zuruf von der FDP: Oh Gott, oh Gott!)

mit der Recht brechenden CDU in Hessen koaliert

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) und in Hamburg ohne Probleme mit Herrn Schill koaliert, der hat die Wende zum Rechtspopulismus längst hinter sich. Das ist doch nichts Neues!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: So was im Wahlkampf! Nur wer Genosse ist, ist ein guter Demokrat, oder wie?)

Von daher glaube ich, dass das eine ganz zielgerichtete Aktion ist, eine Aktion, die ihre Grundlagen immer wieder findet, mit der Sie abzulenken versuchen. Dies lassen wir nicht mit uns machen.

Interessant ist natürlich auch, dass Sie dabei die freundliche Unterstützung der Fraktion in diesem Hause haben, mit der Sie angeblich eine Koalition anstreben. Wenn hier ausgerechnet Herr Schäuble seine Giftpfeile erneut verschießt,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ach du lieber Gott, ist das flach!)

dann haben Sie gerade den richtigen Partner an Ihrer Seite. Auch in diesem Punkt werden wir Ihnen immer wieder klar sagen: Natürlich gehören sie zusammen: diejenigen, die den Rechtspopulismus zu kultivieren versuchen, nämlich die FDP, und die anderen, die das dulden, um die Mehrheit in diesem Lande irgendwann und irgendwie für sich einzunehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU]: Wo ist

(A)

denn eigentlich der Bundeskanzler bei der Debatte? Was ist denn mit Ihrem Parteitagsantrag?)

– Herr Schmidt, bleiben Sie mal ganz ruhig!

Die Frage ist doch beispielsweise auch, warum Herr Schäuble hier zum Pressesprecher der FDP werden musste und konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Warum haben Sie uns eigentlich nicht selber gesagt, Herr Westerwelle, dass Sie den Versuch gemacht haben, so etwas wie ein Ultimatum zu stellen? Aber Sie wissen selbst, dass Ihre Ultimaten und Ihre Machtworte in diesem Land und in Ihrer Partei überhaupt nichts wert sind. Nichts haben sie gegolten! Drei-, viermal haben Sie es versucht; darauf muss man hinweisen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir – auch das will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen – die Gemeinsamkeit eines ursprünglich fraktionsübergreifenden Antrags zum jüdischen Leben in Deutschland aufgekündigt haben, war deswegen nur konsequent. Ich finde, meine Damen und Herren von der FDP und der CDU/CSU, die Sie hier im Schulterschluss handeln, dass Sie offensichtlich nicht in der Lage sind, solche Entwicklungen aufzunehmen und zu sagen: Jawohl, wir stoppen das in unseren eigenen Reihen, wir sorgen für die Entschuldigung von Herrn Möllemann beim Zentralrat der Juden in Deutschland und damit vor den jüdischen Menschen in Deutschland. – Dann hätte man über Gemeinsamkeiten zu diesem Punkt in diesem Hause wieder sprechen können. Aber dazu sind Sie nicht fähig. Sie sind auch nicht in der Lage, das Herrn Möllemann beizubiegen. Wir bedauern das zutiefst, weil wir das für einen Verfall der parlamentskulturellen Sitten halten.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie sich wirklich ins Stammbuch schreiben: Sie müssen umkehren. Stoppen Sie das, was Sie da auf den Weg gebracht haben! Wir haben uns das Ganze ja nicht aus den Fingern gesogen. Sie haben Interviews gegeben, die von Ihnen überarbeitet und abgesegnet worden sind. Sie sind auf dem falschen Weg. Kehren Sie um!

Wir sagen heute: Dass die jüdischen Gemeinden in Berlin eine Kundgebung durchführen, um gegen diese Tendenzen öffentlich zu Felde zu ziehen, findet unsere tiefste Solidarität. Ein großer Teil unserer Fraktion wird daran teilnehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Eckart von Klaeden, CDU/CSU-Fraktion.

**Eckart von Klaeden** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass man aus diesem wichtigen Thema aufseiten der SPD kleinliche parteipolitische Münze zu schlagen versucht: Vielen Dank für Ihre Rede, Herr Kollege Schmidt!

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP ist keine rechtspopulistische Partei.

(Jörg Tauss [SPD]: Aber sie will es werden!)

– Und sie will es auch nicht werden.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind Sie da so sicher?)

Zu dieser selbstverständlichen Erkenntnis ist ja auch die SPD-Parteiführung am letzten Wochenende gekommen.

(Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja sehr interessant!)

Sonst hätte sie auf ihrem Autosuggestionsparteitag in der vergangenen Woche nicht alles unternommen,

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt der Parteipolitiker! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wahlkampf, oder was? – Ilse Janz [SPD]: Wahlkampfrede!)

um eine Koalitionsabsage an die FDP zu verhindern. Sie wollten doch gerade diesen Beschluss verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Drei Sätze hat es gehalten!)

(D)

1991 hat der heutige Kollege Ströbele laut „Spiegel“ im Zusammenhang mit dem Golfkrieg gesagt:

> Wenn ich eine Eskalation des Krieges damit verhindern könnte, dass 1 Million Juden sterben müssten, würde ich das in Kauf nehmen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Wo war denn da der Aufschrei? – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat damals Prozesse gewonnen, weil er es so nicht gesagt hat!)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der damalige Ministerpräsident Gerhard Schröder seinen damaligen Koalitionspartner auf einem Parteitag so getadelt hat, wie er das mit der FDP getan hat.

(Beifall bei der FDP – Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Gegensatz zu Möllemann ist Ströbele zurückgetreten! Das ist der feine Unterschied!)

Bei der Frage, ob Herr Möllemann sich bei Herrn Friedman entschuldigen soll oder nicht, handelt es sich um eine Stil- oder Charakterfrage, aber nicht um einen Ausweis latenten Antisemitismus. Die Frage der Glaubwürdigkeit der FDP steht und fällt aber damit, ob Herr Karsli Mitglied der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen bleibt oder nicht. Karsli hat behauptet, die israelische Armee wende als rücksichtslose Militärmacht Nazi-Methoden an;

(Zuruf von der FDP: Als Grüner!)

**Eckart von Klaeden**

(A) der Einfluss der zionistischen Lobby sei sehr groß; sie habe den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und könne jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit kleinkriegen; vor dieser Macht hätten die Menschen in Deutschland selbstverständlich Angst.

Damit hat sich Karsli der uralten Verschwörungstheorie bedient, die hinter der angeblichen Oberfläche der politischen Auseinandersetzung geheime Mächte vermutet, die auf der Welt die Strippen ziehen. Je nach ideologischer Herkunft heißt es entweder von rechts jüdisch-bolschewistische oder von links jüdisch-kapitalistische Weltverschwörung.

Nicht jeder Deutsche, der noch nie zuvor in seinem Leben bewusst einem Juden begegnet ist und der unsicher ist, ob und wie er mit ihm über den Holocaust, den Staat Israel oder jüdisches Leben in Deutschland sprechen soll, ist automatisch ein Antisemit. Verantwortungslos wird es dann, wenn diese Unsicherheit von denjenigen, die es besser wissen, politisch instrumentalisiert wird,

(Andrea Nahles [SPD]: Wer hat das denn behauptet? Das ist Unsinn!)

wenn man versucht, den Menschen zu suggerieren, an ihrer Unsicherheit seien die Juden schuld. Wer so redet – und so tut es Herr Karsli –, benutzt die klassischen Muster des Antisemitismus und hat auch keine zweite Chance verdient, sei er nun ehemaliges Mitglied der Grünen oder parteiloses Mitglied der FDP-Fraktion desselben Landtags.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir sollten uns alle vor zu großer Scheinheiligkeit hüten. (B) In Wirklichkeit hat es das Spiel mit antisemitischen Ressentiments auf beiden Seiten des politischen Spektrums gegeben. Ich habe ein Zitat von Herrn Ströbele schon genannt und auch das andere Zitat ist allen bekannt:

> Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels.

Herr Ströbele ist zwar als Bundessprecher der Grünen damals zurückgetreten; aber Sie haben ihm mehr als nur eine neue Chance eingeräumt. Er ist ja auch heute noch so etwas wie eine moralische Instanz in Ihrer Fraktion.

Auch die PDS muss nach ihrer 50-jährigen Parteigeschichte – sie hat es ja ausdrücklich abgelehnt, sich aufzulösen oder neu zu gründen – auf eine lange antisemitische Tradition hingewiesen werden,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wohl wahr!)

die sich mühsam antizionistisch oder antiisraelisch verbrämt gegeben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Möllemann muss sich vorwerfen lassen,

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur die CDU ist rein!)

an diese Gefühle mit seiner martialischen, hirnverbrannten Äußerung gegenüber der „taz“, die der Kollege Beck heute schon zitiert hat, appelliert zu haben. Diese Äußerung kann man nicht durch den Appell rechtfertigen, auch in Deutschland müsse Kritik an Israel erlaubt sein. Dieser (C) Appell ist mindestens in doppelter Hinsicht missverständlich: Erstens suggeriert er, dass Möllemanns Kritik an Israel seriös gewesen sei. Das ist sie nicht gewesen. Sie ist alles andere als seriös gewesen.

Zweitens unterstellt dieser Appell, dass in Deutschland Kritik an Israel nicht möglich sei. Das ist nun wirklich ein völliger Unsinn. Insbesondere auf der politischen Linken gibt es eine lange Tradition der Kritik an Israel. Darauf möchte ich hier zwar nicht weiter eingehen; aber man sollte sich nur einmal die entsprechenden „Spiegel“-Titel der letzten Jahrzehnte ansehen oder sich vor Augen führen, dass die Kombination von Jeans, Parka und Palästinensertuch in den 70er-Jahren eine Art Modekleidung gewesen ist.

Heute besteht das Problem, dass diejenigen, die mit geschwellter Brust behaupten, Kritik an Israel müsse möglich sein, schon dies für ein seriöses Argument halten.

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sag mal, bläst der sich auf!)

Dabei hat seriöse Kritik mit dieser Banalität noch nicht einmal begonnen.

Die Konsequenz dieser selbstbezogenen und neurotischen Erklärungen ist, dass die öffentliche Debatte in Deutschland über den Nahostkonflikt in Wirklichkeit zulasten Israels und zugunsten der PLO und insbesondere von Yassir Arafat geführt wird. Kaum jemand redet in Deutschland öffentlich darüber, dass Arafat ein Mann mit zwei Gesichtern ist, dass er auf Englisch vom Frieden spricht und auf Arabisch den Hass predigt, dass er mit Aussprüchen wie „Eine Million Märtyrer marschieren auf (D) Jerusalem“ oder: „Ich will ein Märtyrer, ein Märtyrer, ein Märtyrer sein!“ kaum verhüllt zu Selbstmordattentaten aufgerufen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Sebastian Edathy [SPD]: Haben Sie das Thema der Aktuellen Stunde zur Kenntnis genommen? – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sind Sie denn jetzt angekommen?)

Es ist an der Zeit, dass wir diese Debatte durch die unmissverständliche Feststellung und Erfahrung beenden, dass in Deutschland unabhängig von der Frage, wie lange der Holocaust her ist, mit antisemitischen Ressentiments kein erfolgreicher Wahlkampf gemacht werden kann, und wir uns auf unsere weiteren Aufgaben besinnen.

**Präsident Wolfgang Thierse:** Herr Kollege von Klaeden, Sie müssen zum Ende kommen.

**Eckart von Klaeden** (CDU/CSU): Ein letzter Satz, bitte. – Ich glaube, dass Ignatz Bubis mit seinem Satz „Ich habe in meiner Amtszeit nichts bewirkt“ geirrt hat. Wir müssen dafür sorgen, dass es ein Irrtum bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Gehrcke [PDS]: Ihre Rede war ein Erdbeben!)

(A)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Zu einer persönlichen Erklärung erteile ich dem Kollegen Ströbele das Wort.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: In der Aktuellen Stunde? Das ist ja Lex Ströbele!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege von Klaeden, Sie haben eine angeblich von mir stammende Äußerung aus dem „Spiegel“ zitiert. Ich stelle zu diesem Zitat fest:

Erstens. Ich habe gegen den Urheber dieses Zitats beim Landgericht Berlin geklagt. Das Landgericht Berlin hat dem Urheber dieses Zitats unter Androhung einer Geldstrafe in Höhe von 500 000 DM verboten, es weiterhin zu verbreiten. Das Urteil ist rechtskräftig.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Zweitens. Ich habe eine solche Äußerung zu keinem Zeitpunkt getan und sie auch niemals in meinem Kopf gehabt. Ich führe es auf Ihre Jugend zurück, dass Sie damals den Prozess vielleicht nicht mitverfolgen konnten.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Was ist mit Ihrem zweiten Zitat, Herr Ströbele? – Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Herr Klaeden, Sie sollten sich entschuldigen!)

Ich bitte Sie, in Zukunft, bevor Sie so etwas in diesem Hohen Hause erklären, Kontakt aufzunehmen und sich zu vergewissern, ob eine Äußerung, die Sie zitieren wollen, richtig ist.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS – Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Was ist denn mit dem zweiten Zitat? )

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen.

(Jörg Tauss [SPD]: Der Herr von Klaeden sollte sich zwischendurch einmal entschuldigen!)

**Cem Özdemir** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bislang haben wir eine sehr bemerkenswerte Aktuelle Stunde erlebt: Die FDP hatte vier Redebeiträge und die CDU/CSU hat offensichtlich ihre Redebeiträge zugunsten der FDP abgegeben. Das kann ich nur damit erklären, dass sie ihren möglichen Koalitionspartner FDP vor dem Irrweg bewahren will, auf den sich die FDP selber begeben hat, bzw. ihn retten muss. Rational erklären kann ich mir diese Angelegenheit nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch wundere ich mich über den Kollegen Schäuble, der in diesem Hause zweifelsohne ein hohes Ansehen genießt.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Genossen hat!)

Zu Beginn seiner Rede hat er Aussagen gemacht, denen sicherlich wir alle zustimmen können. Aber bei den Ausführungen über Herrn Karsli und dessen Mitgliedschaft bei den Grünen hat er es mit der Wahrheit nicht so genau genommen.

(C)

(Dirk Niebel [FDP]: Sieben Jahre!)

Ich möchte es hier ein für alle Mal klarstellen: Herr Karsli ist dem Ausschluss aus der Partei der Grünen zuvorgekommen.

(Lachen bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hören wir doch in diesem Zusammenhang auf jemanden, der ganz unverfänglich ist, auf Herrn Karsli selber. Herr Karsli schreibt in seiner Austrittserklärung – ich zitiere wörtlich –:

> Der Grund meines Austritts ist die Nahostpolitik von Bündnis 90/Die Grünen.

Diese Nahostpolitik ist die Politik des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland. Er zitiert ihn ausdrücklich, kritisiert ihn und wirft ihm vor, dass er eine einseitige Politik betreibe. Wir stehen zur Politik von Joschka Fischer. Die Mehrheit dieses Hauses tut das ebenso. Ich hoffe, dass auch Sie das tun. Für diese Politik haben Ihre Vorgänger in der Bundesrepublik Deutschland den Kopf hingehalten. Sie haben eine richtige Politik gemacht. Davon sollten Sie sich heute nicht abwenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Wolfgang Gehrcke [PDS]: Muss man das?)

Die Politik Joschka Fischers ist die Politik von Walter Scheel, von Hans-Dietrich Genscher und von Konrad Adenauer.

(D)

(Lachen bei der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [PDS]: Das ist unglaublich!)

Diese Politik war in der Bundesrepublik bisher Konsens. Ich fordere Sie auf, zu diesem Konsens zurückzukehren.

Ihnen wird es mit Sicherheit nicht gelingen – ein entsprechender Versuch zeichnet sich ab aus dem, was Sie hier öffentlich sagen –, mit einem Bauernopfer Karsli die Angelegenheit zu beenden. Wenn sich Herr Westerwelle irgendwann einmal gegen Herrn Möllemann durchsetzen kann, wird Herr Karsli vielleicht aus der Fraktion ausgeschlossen. Vielleicht geht er auch freiwillig. Das Problem ist aber nicht Herr Karsli, sondern das Problem sind Herr Möllemann und Herr Westerwelle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das Problem ist mittlerweile die FDP selbst, weil sie nicht die Kraft und den Mut hat, einen Strich zu ziehen. Damit könnte sie ohne jedes Wenn und Aber klar machen, wo die Grenze ist.

Damit wir wissen, worüber wir reden, möchte ich ein Zitat der Deutsch-Arabischen Gesellschaft, dessen Präsident Herr Möllemann ist, anführen. Auf der Website steht unter der Überschrift „Beiträge aus dem Spiegel-Diskussionsforum ... statt eines eigenen D-A-G-Kommentars“:

> Auf einen praktisch hilflos am Boden Liegenden einzuschlagen ist völlig sinnlos. Wenn es dem so

**Cem Özdemir**

(A)

Gedemütigten dann wirklich reicht und er nichts mehr zu verlieren hat, wird er zurückschlagen.

Jetzt erfährt man, wer damit gemeint ist:

Da der Irak gegen das Arsenal der USA und der Briten nicht antreten kann, wird er zuschlagen, wo es wirklich weh tut: Wir werden in Zukunft rauchende US-Botschaften sehen. Dies ist eine ganz logische Konsequenz und den Schuldigen müssen wir dann wohl im Weißen Haus suchen.

Eine solche Position ist nicht tragbar. Es reicht nicht aus, zu fordern, dass Herr Möllemann diese Dinge klarstellt. Das war nicht nur ein Ausrutscher Möllemanns; seine Äußerungen sind allesamt Ausrutscher – ob es zum Thema Nahost oder zum Thema Israel ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das ist doch gar nicht von ihm! – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Missverständnisse!)

Es reicht nicht aus, nur so zu tun, als habe man das Problem gelöst, wenn man die Angelegenheit mit Herrn Karsli geregelt habe.

Herr Westerwelle, Sie hätten hier die Gelegenheit gehabt, Ihre eigenen Äußerungen zu korrigieren. Sie haben den folgenden Satz aus der ddp-Presseerklärung unwidersprochen zur Kenntnis genommen:

(B)

FDP-Chef Guido Westerwelle will ungeachtet des Antisemitismusstreits am Ziel der Öffnung seiner Partei auch für Wähler von den Rändern des politischen Spektrums festhalten.

Wer diese Position vertritt, der darf in Deutschland nicht regieren. Mit dieser Position darf man in dieser Republik weder Innen- noch Außenpolitik machen. Vor solchen Positionen muss diese Republik in Schutz genommen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss – meine Redezeit ist gleich abgelaufen – zu der Position, die in dem Gewande „Man darf Israel doch wohl einmal kritisieren“ wohlfeil daherkommt, klar sagen: Niemand hat das jemals abgestritten – am wenigsten die Juden, die hier leben. Sie üben selbst häufig Kritik an der Politik Scharons. Eines muss allerdings klar sein: Der Ton macht die Musik. Die Art, wie wir über dieses Thema reden, lässt tief blicken und verrät den Geist, der dahintersteckt. Wer die israelische Regierung kritisieren will, der muss nicht auf antisemitische Ressentiments zurückgreifen oder den Terrorismus gegen Israel in Form von Selbstmordattentaten rechtfertigen. Dafür besteht keine Veranlassung. Es reicht völlig aus, die frei gewählten Abgeordneten der Knesset zu zitieren, die ihre Kritik im frei gewählten israelischen Parlament jeden Tag zum Ausdruck bringen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Als säkularisierter Muslim möchte ich noch bemerken: Herr Möllemann hat gesagt, dass die Muslime jetzt praktisch die FDP wählen könnten. Dahinter steckt die folgende Gleichung: Muslim gleich antiisraelisch und potenziell antisemitisch; irgendwann wird er FDP wählen. Nein, meine Damen und Herren, ich möchte hier klar sagen: Die Mehrzahl der Muslime ist nicht antisemitisch. Ich verwahre mich ausdrücklich als säkularisierter Muslim gegen den Eindruck, der hier erzeugt wird. Auch das sollten Sie korrigieren.

(C)

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Das Wort zu einer persönlichen Erklärung erteile ich dem Kollegen von Klaeden.

(Zuruf von der SPD: Da kann doch wohl nur eine Entschuldigung kommen!)

**Eckart von Klaeden** (CDU/CSU): Herr Ströbele, ich habe zwei Zitate von Ihnen verwandt. Das eine, auf das Sie hingewiesen haben, habe ich heute bei der Quelle recherchiert. Ich wurde auf die Entscheidung des Landgerichts, die Sie zitiert haben, dabei nicht hingewiesen. Es tut mir Leid. Ich nehme das mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Ich will aber gleichzeitig auf das andere Zitat, zu dem Sie nichts gesagt haben, dass nämlich die Angriffe auf Israel die zwingend logische Konsequenz der israelischen Politik gewesen sind, hinweisen. Wenn Sie eine persönliche Erklärung abgeben, hätten Sie auch dazu etwas sagen können.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Wolfgang Gerhardt, FDP-Fraktion.

**Dr. Wolfgang Gerhardt** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion,

(Beifall bei der FDP – Lachen und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass ich die Gelegenheit erhalte, hier zu sprechen; denn da Sie die Aktuelle Stunde nicht nutzen, um die Haltung der Bundesregierung zu erfahren – so haben Sie es angekündigt –, sondern um uns anzugreifen, gehört es zu den Regeln in einer Demokratie, denjenigen zuzuhören, die angegriffen werden. Deshalb möchte ich jetzt Stellung nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es ist die eine Seite, Äußerungen von Herrn Möllemann zu kritisieren; das habe auch ich getan. Ihre Vorwürfe finden allerdings da eine Grenze – und müssen sie auch finden – wo Sie leichtfertig den öffentlichen Eindruck erwecken, die demokratische, liberale Partei sei auf Abwegen, gehe ab von dem Stil, den sie in der Bundes-

**Dr. Wolfgang Gerhardt**

(A) republik Deutschland geprägt hat, und nähere sich in gefährlicher Weise antisemitischen Tendenzen.

(Zurufe von der SPD: Wer erweckt den Eindruck? – Den erwecken Sie selber!)

Das kann unter Demokraten nicht akzeptiert und zugelassen werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mitglieder politischer Parteien müssen sich, wenn sie sich zum Nahostkonflikt äußern, präzise äußern, den Stil beachten und die Worte in Kenntnis der deutschen Geschichte wählen. – Das ist die eine Sache.

Mitglieder demokratischer Parteien müssen sich in unserem Land mit seiner dramatischen Geschichte aber auch hüten, anderen leichtfertig Antisemitismus vorzuwerfen.

(Sebastian Edathy (SPD): Nicht leichtfertig!)

Auch das gehört zur Auseinandersetzung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sind und bleiben eine Partei der politischen Mitte. Das ist unsere Beschlussgrundlage, unsere Haltung und unser Charakter. Die Geschichte der FDP durchzieht die Auseinandersetzung, die Bundesrepublik Deutschland davor zu bewahren, von den Rändern her regiert zu werden. Guido Westerwelle ist mit der klaren und ehrenhaften Absicht in den Landesvorstand Nordrhein-Westfalens gegangen, das Thema Karsli zu verbalisieren,

(B) (Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das die Grünen jahrelang nicht verbalisiert hatten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sebastian Edathy [SPD]: Da klatschen sie auch noch selber!)

Er ist unterlegen; aber er hat sich gestellt.

Ihr Bundeskanzler Gerhard Schröder hat groß angekündigt, dass er gegen Koalitionen seiner Partei mit der PDS in ostdeutschen Bundesländern sei. Er hat allerdings noch nicht mal die Courage gehabt, die dortigen Führungsgremien aufzusuchen und sich den Debatten zu stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nein, meine Damen und Herren, wenn man in Deutschland vor Antisemitismus warnen will, was unser gemeinsames Anliegen ist, dann gehören die Mindestvoraussetzungen, dass sich Demokraten zuhören und andere nicht leichtfertig diffamieren, sondern ihre Argumente abwägen, dazu.

Ich möchte Ihnen sehr persönlich sagen, dass ich nicht mit Herrn Möllemann befreundet bin, wie Sie alle wissen und vielleicht auch nachfühlen können.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das interessiert aber nicht! – Sebastian Edathy [SPD]: Das spielt hier keine Rolle!)

Ich erinnere mich aber an Zeiten, als ich Bundesvorsitzender der FDP war und Ihr Bundeskanzler Herrn Möllemann zum großen Liberalen erklärt und über mich ganz abfällige Worte verloren hat. So ändern sich die Zeiten. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb sage ich Ihnen: Sie wissen es doch selbst: Wenn die Führung einer Partei in einer Klarheit,

(Zurufe von der SPD: Wo ist denn die Klarheit?)

wie es Guido Westerwelle getan hat und ich es als Fraktionsvorsitzender tue – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Herr Präsident!)

– Ich möchte Gelegenheit erhalten, zu sprechen. Ich finde nämlich Ihr Verhalten in der Debatte unangemessen. Sie erheben Vorwürfe gegen uns, wir betrieben Antisemitismus. Zu einem toleranten Umgang miteinander gehört auch die Fähigkeit, den anderen ernst zu nehmen und ihm zuzuhören.

Im Übrigen: Wenn Sie die Haltung der Bundesregierung zu diesen Tendenzen erfragen wollen, dann muss der Bundeskanzler in einer Debatte, die Sie als so problematisch für Deutschland bezeichnet haben, hier anwesend sein.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Kerstin Müller [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So wichtig ist die FDP nicht!)

(D) Nein, unsere Partei bleibt ganz klar in der Spur. Die überwiegende Mehrheit in ihren Führungsgremien und ihrer Mitglieder weiß ganz genau, um was es in Deutschland geht, wenn man über Nahostfragen debattiert. Unsere Partei hütet sich davor, auf falsche Wege zu kommen, und sie läuft in der aktuellen politischen Diskussion wirklich nicht Gefahr, woanders hinzugehen. Wir wollen mit unserer Position Wähler werben.

(Jörg Tauss [SPD]: Was ist denn Ihre Position?)

Wir hören den Menschen zu, reden ihnen aber nicht nach dem Munde; denn wir nehmen den Verfassungsauftrag ernst, dass Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken.

In der Nahostpolitik hält die gesamte Freie Demokratische Partei an der Freundschaft mit Israel fest, die ganz unbestritten einen der Grundpfeiler der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland darstellt. Die FDP will, dass diese einzige politische Demokratie in jener Region auch im Interesse der Sicherheit des israelischen Volkes eine Zukunft hat. Dies ist ohne einen Staat Israel in sicheren Grenzen nicht möglich; darüber gibt es keinen Streit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Position haben wir nie als eine dem palästinensischen Volk feindliche Position verstanden. Vielmehr müssen wir unseren israelischen Freunden eindringlich sagen, dass ein palästinensischer Staat zugleich die beste Sicherheitsgarantie für Israel selbst sein kann. Daraus legitimiert

**Dr. Wolfgang Gerhardt**

(A)

sich eine Kritik an der Regierung Scharon, die aber nicht als Antisemitismus angesehen werden kann. Daraus legitimieren sich auch kritische Bemerkungen an die Adresse anderer Freunde.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das hat doch der Möllemann längst hinter sich gelassen!)

Das ist und bleibt die Position der FDP. Auch wenn sich der stellvertretende Bundesvorsitzende Möllemann so ausdrückte, dass wir alle es bedauern mussten, so gilt doch das Wort der überwiegenden Mehrheit meiner Kolleginnen und Kollegen aus der FDP-Fraktion.

**Präsident Wolfgang Thierse:** Herr Kollege Gerhardt, Sie müssen leider zum Ende kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon sehr deutlich überschritten.

**Dr. Wolfgang Gerhardt** (FDP): Ein letztes Wort: Überlegen Sie sich genau, ob Sie wirklich klug beraten sind, wenn Sie eine gemeinsame Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus mit uns nicht mehr fassen wollen. Ich halte das, was Sie beabsichtigen, für einen gravierenden politischen Fehler. Gehen Sie noch einmal in sich!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ilse Janz [SPD]: Weisen Sie Herrn Möllemann in die Schranken!)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile dem Kollegen Sebastian Edathy für die SPD-Fraktion das Wort.

(B)

**Sebastian Edathy** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gerhardt, es geht in dieser Debatte nicht darum, eine Partei zu beschädigen – das macht die Partei, um die es geht, schon selbst –, sondern darum, hier im Bundestag klarzustellen, dass Demokraten in Deutschland nicht schweigen dürfen und können, wenn der demokratische Grundkonsens Schaden zu nehmen droht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Hinsicht gibt es aber leider Grund zur Sorge. Schlechte Politik muss man kritisieren können, auch schlechte Politik in Israel. Ebenso muss man Fernsehmoderatoren kritisieren können, auch solche, die jüdischen Glaubens sind. Wer aber sagt, israelische Politik sei gewissermaßen jüdische Politik und trage dann, wenn sie schlecht sei, zu Antisemitismus bei, der bedient sich einer infamen Argumentation, die eines Demokraten unwürdig ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Wer eine Person des öffentlichen Lebens auf ihre Zugehörigkeit zur jüdischen Glaubensgemeinschaft reduziert und dann behauptet, diese Person schüre mit ihrem Verhalten Antisemitismus, der trifft eine bösartige und – ich sage das bewusst – böswillige Aussage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Die Behauptung, es seien letztlich Juden, die für Antisemitismus sorgten, ist eine antisemitische Aussage – damit ist nicht gesagt, dass ihr Autor zugleich ein Antisemit ist –; denn sie entschuldigt und verharmlost Vorurteile und Vorbehalte gegenüber jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und beleidigt diese, indem sie ihnen attestiert, sie seien an dem vorhandenen Antisemitismus mit schuld.

Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass eine solche Aussage von einem führenden demokratischen Politiker getätigt werden könnte. Für die SPD-Fraktion sage ich an dieser Stelle in aller Deutlichkeit: Antisemitismus kann man nicht begründen, man kann ihn nur verachten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie des Abg. Christian Schmidt [Fürth] [CDU/CSU])

Hinsichtlich dieser Frage darf es – jedenfalls unter Demokraten – weder Halbherzigkeiten noch Zweideutigkeiten geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es stimmt mehr als nachdenklich, wenn Herr Döring, immerhin FDP-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und wie Herr Möllemann stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, in dieser Woche über die Aussagen von Herrn Möllemann wörtlich erklärt:

> Das ist ja nicht etwas, was irgendwo spontan entstanden ist, sondern das ist eine strategische Überlegung.

(D)

(Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau das ist der Punkt!)

Es stellen sich in der Tat folgende Fragen: Wieso hält die FDP in Nordrhein-Westfalen an der Fraktionsmitgliedschaft eines Abgeordneten fest, der sich in unerträglicher Form antisemitisch geäußert hat? Wie kann es angehen, dass mit Herrn Möllemann ein Spitzenvertreter der demokratischen Partei FDP in einer Zeitung am letzten Montag erklärte, dass die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa Beweis für die „Emanzipation der Demokraten“ seien? Wie ist es einzuschätzen, dass nach einer Agenturmeldung von heute Herr Westerwelle in einem morgen erscheinenden „Stern“-Interview erklärt, dass die FDP künftig eine „Heimat“ für den „Protest gegen das etablierte politische Parteiensystem“ sein will?

(Jörg Tauss [SPD]: Ah ja?)

Künftig heißt es wahrscheinlich nicht mehr FDP gleich liberal, sondern FDP gleich völlig egal.

Meine Damen und Herren, es sollte Ihnen zu denken geben, wenn heute im „Tagesspiegel“ zu lesen ist, der frühere Berliner Bürgermeister und FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Lüder warne wegen Möllemanns Aktivitäten und Westerwelles Schwächen davor, FDP zu wählen. Wer liberal eingestellt sei, müsse seine Stimme einer anderen Partei geben.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Grünen zum Beispiel!)

**Sebastian Edathy**

(A) Dem ist wenig hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wenn Sie sich zur politischen Beliebigkeit bekennen, dann ist das Ihre Sache. Wenn Sie aber vorhaben sollten, durch das Aussenden von rechtspopulistischen Signalen und durch das Instrumentalisieren von Vorurteilen gegen Minderheiten Stimmen zu gewinnen,

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Die Rede hat die Kampa geschrieben!)

dann ist das nicht mehr Ihre Sache allein, sondern auch eine Sache aller Demokraten, denn dann kündigen Sie einen Konsens auf, den dieses Land braucht und der gut für dieses Land ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Konsens ist, dass Antisemitismus in Deutschland keinen Raum haben darf und die gut 95 000 Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens ein Recht auf ein Leben ohne Angst und ohne Ausgrenzung haben. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, sollten Sie überlegen, ob Sie künftig nicht lieber mit uns gemeinsam das Feuer löschen, anstatt mit ihm zu spielen, wie es in den letzten Tagen und Wochen der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

(B) Die SPD-Bundestagsfraktion und die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen haben gestern beschlossen, einen Antrag mit dem Titel „Antisemitismus ächten, Zusammenhalt in Deutschland stärken“ in das Parlament einzubringen. Über diesen Antrag werden wir in Kürze beraten. Ich hoffe, dass wir ihn einvernehmlich und fraktionsübergreifend beschließen können.

Zum Schluss: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die deutsche Nationalmannschaft heute leider nicht gewonnen hat. Für uns in Deutschland ist wichtig, dass wir, wenn wir die Beratungen über das Thema Antisemitismus zu einem guten Ende gebracht haben werden, sagen können: Die Demokratie in Deutschland hat gewonnen. Mit Blick auf die fünf hier im Haus vertretenen Fraktionen muss die Demokratie in Deutschland 5 : 0 und nicht 4 : 1 gewinnen.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Aber zustimmen dürfen wir?)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile Kollegen Christian Schmidt, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

**Christian Schmidt** (Fürth) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Streit muss manchmal sein und Probleme müssen ausgetragen werden. Die Art und Weise, wie sich manche Streitigkeiten weiterentwickeln, zeigt dann allerdings, ob wir in der Lage sind, diese Probleme einzukapseln.

(C) Solche Auseinandersetzungen, wie wir sie gegenwärtig führen, können auch dazu dienen, sich der eigenen Grundlagen zu vergewissern und nochmals festzuhalten, was uns eint. Für die Union waren das immer die besonderen Beziehungen zum Staat Israel vor dem Hintergrund des Geschehenen. Dabei eint uns viel mit den Positionen anderer Parteien, auch denen der FDP, wie sie hier in Berlin formuliert worden sind, etwa in den Stellungnahmen des Kollegen Gerhardt oder in den mir sehr gut bekannten Positionen des in deutsch-israelischen Beziehungen sehr aktiven Kollegen Niebel und anderer. Darin wird deutlich, dass sich die FDP als Partei auf dem Boden dessen bewegt und bewegen will, was seit David Ben Gurion und Konrad Adenauer Teil der Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland geworden ist und bleibt.

Aus unserer Geschichte ist uns die Verpflichtung zugewachsen, das Existenzrecht und die Lebensfähigkeit des Staates Israel und seiner Bürger zu fördern, wo immer es geht. Diese Position muss immer wieder erneuert werden. Mit dieser Position spaßt man nicht.

Wir sollten der Versuchung widerstehen, aus diesem von Herrn Möllemann angezettelten Streit parteipolitisches Kapital schlagen zu wollen. Weder der Landespolitiker Möllemann mit seinen völlig inakzeptablen Äußerungen

(Sebastian Edathy [SPD]: Er ist stellvertretender Bundesvorsitzender!)

noch der Landespolitiker Karsli mit seinen antiisraelischen, antisemitischen, antizionistischen oder wie auch immer genannten Äußerungen legen Gott sei Dank die Grundlinien der deutschen Politik fest – und wohl auch nicht die der FDP. (D)

Es wäre schon interessant, sich doch noch einmal anzusehen, was Herr Karsli – Sie haben dies etwas weggewischt – in den vergangenen Jahren gesagt hat. Ich möchte dies nicht auf parteipolitische Themen reduzieren, sondern auf die Frage: Wie gehen wir mit solchen Äußerungen – woher auch immer sie kommen – in der Öffentlichkeit um? Es kommt nämlich darauf an, dass wir solche inakzeptablen Grenzüberschreitungen nicht tolerieren und sie zumindest einkapseln. Der Kollege Ströbele hat – ungeachtet des Disputs – am eigenen Leibe erfahren, wie es ist, wenn man solch eine Grenzüberschreitung begangen hat und dafür büßen muss. Ich sage noch einmal: Wir müssen sie zumindest einkapseln, wenn wir sie schon nicht verhindern können.

Ich will uns allen und dem Hohen Hause noch einmal vor Augen führen, jedoch die Zitate ersparen, was gerade in den 80er-Jahren in linken und alternativen Kreisen durchaus nicht nur als Einzelstimme erhoben, sondern allgemein als salonfähig angesehen worden ist. Äußerungen, die vor 20 Jahren – davon kann ich die grüne Partei nicht ausnehmen, ganz im Gegenteil – beispielsweise bei der Hamburger GAL gefallen sind, will ich als Zeichen des Respekts vor unseren israelischen Freunden hier gar nicht zitieren. Sie würden einen Aufschrei hervorrufen. Deswegen empfehle ich Frau Roth als Vorsitzende der Grünen, diese Äußerungen und Positionen zum Zionismus und zur PLO, die in den 80er-Jahren geboren und gedacht worden sind, noch einmal in aller Ruhe zu lesen, sie

(A) dann in den Papierkorb zu werfen und nicht gleich die Justiz zu bemühen. Hier geht es um eine Auseinandersetzung, die wir politisch führen müssen und auf Konsens und nicht auf Streit ausrichten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein entscheidender Punkt, der in dieser Debatte völlig verloren geht, ist: Wir reden darüber, dass einige in unserem Lande völlig falsche Vorstellungen haben und meinen, sie müssten Israel im gegenwärtigen Konflikt auf die Anklagebank setzen. Es kommt aber gerade darauf an, dass der Krieg in den Köpfen aufhört, damit der Krieg auf den Straßen aufhört. Wir debattieren heute an einem Tag, an dem wieder 16 unschuldige Menschen, israelische Bürger, durch einen palästinensischen Selbstmordattentäter zu Tode gekommen sind. Dazu muss ich sehr deutlich sagen: Solange weite Kreise bei den Palästinensern der Meinung sind, sie könnten ihre Ziele – es ist eine ganz andere Frage, über deren Legitimität zu reden; das hat der amerikanische Präsident vorletzte Woche hier an dieser Stelle deutlich gesagt –

(Jörg Tauss [SPD]: Jetzt bleiben wir einmal bei Herrn Möllemann!)

nur mit Gewalt, Terror und Blutvergießen erreichen, so lange bleiben alle Diskussionen müßig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

Es kann nicht sein, dass hier eine Diskussion auf dieser Ebene geführt wird. Es muss reagiert werden. Deswegen müssen wir unsere Diskussionskräfte eigentlich in Richtung Nahen Osten lenken. Die Frage, wie man den (B) Anliegen der Palästinenser gerecht werden kann, halte ich nur dann für lösbar, wenn die Palästinenser selbst wissen, dass Gewalt kein Weg ist.

Ist das eine Utopie? Ist dies eine Vison? Natürlich wissen wir, wie schwierig es ist, jetzt einen Friedensprozess in Gang zu bringen. Manche sagen, solche Visionen würden für den Nahen Osten nichts taugen und Schimon Peres hätte – visionär wie er ist – dies vielfach bitter erfahren müssen. Ich bin aber davon überzeugt, dass dieser Versuch gemacht werden kann und gemacht werden muss, und zwar nicht nur am Verhandlungstisch.

**Präsident Wolfgang Thierse:** Kollege Schmidt, Sie müssen bitte zum Schluss kommen, weil Sie Ihre Redezeit bereits deutlich überschritten haben.

**Christian Schmidt** (Fürth) (CDU/CSU): Herr Präsident, einen Satz noch: Man darf den Terror nicht ermutigen, man darf ihn nicht als Mittel der Politik einsetzen, man darf ihn nicht schönreden und man darf nicht sagen, dass man ihn akzeptiert. Das muss für uns alle klargestellt sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile der Parlamentarischen Staatssekretärin Cornelie Sonntag-Wolgast das Wort.

(Peter Dreßen [SPD]: Herr Gerhardt, passen Sie auf, wenn die Bundesregierung etwas sagt!)

**Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern: Herr Präsident! Kollegen und Kolleginnen! Vor etlichen Jahren erlebte ich die Beisetzung eines Hamburgers jüdischen Glaubens. Es waren nur sehr wenige gebrechliche alte Männer als Vertreter der Gemeinde erschienen. Sie erzählten mir hinterher, wie mühselig es sei, in einer so mitgliederschwachen Organisation wirkliche Aktivitäten zu entfalten. Es war beklemmend und traurig. (C)

Heute hat sich die Lage geändert: Viele jüdische Gemeinden entstehen, man sieht wieder mehr junge Leute und nicht zuletzt dank des Zuzugs aus Osteuropa leben inzwischen immerhin 95 000 Menschen jüdischen Glaubens in der Bundesrepublik. Ihre Kultur und ihre Tradition werden wieder wahrnehmbar und erfahrbar für all diejenigen, die in der Nachkriegszeit überhaupt keine Chance hatten, sich damit zu befassen. Die Repräsentanten der Juden in Deutschland – im Zentralrat und in den Gemeinden – schalten sich gottlob in die öffentliche Debatte ein und beziehen deutlich Stellung.

Meine Damen und Herren, was kann eine demokratische Gesellschaft eigentlich anderes tun, als sich darüber zu freuen und daran mitzuwirken, dass daraus eine Selbstverständlichkeit wird?

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Offenbar ist diese Selbstverständlichkeit längst nicht in allen Köpfen verwurzelt. Manche denken oder reden etwa so: Klar, sie leben hier und wir tun ihnen auch nichts, sie mögen sich aber bitte zurückhalten. Gar nicht so wenige nicken dazu Beifall. Das macht die aktuelle Debatte über Antisemitismus so bedrückend. (D)

„Der legt es richtig darauf an, dass man zum Antisemiten wird.“ Sprüche wie diese leuchten in den Bodensatz unterschwelliger Feindseligkeiten und Vorurteile hinein. Wenn dazu dann per Brief, Telefon oder E-Mail noch Zuspruch kommt, ist es umso schlimmer.

(Michael Müller [Düsseldorf] [SPD]: Und darauf dann auch noch stolz zu sein!)

Antisemitismus kann man nicht begründen, weil eine Begründung relativieren und sogar rechtfertigen kann. Antisemitismus kann man nur mit aller Schärfe ablehnen und ächten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Jeder einzelne Fall von Antisemitismus bedeutet nicht nur eine Bedrohung für die jüdischen Bürger und Bürgerinnen in Deutschland, sondern gefährdet zugleich uns selber, unsere Demokratie und unsere Gesellschaft als Ganzes, weil auch wir betroffen sind. Das Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands, aber auch der erklärte Wille, alles daranzusetzen, dass die Erinnerung an den Holocaust nicht verblasst, war bisher unstrittiger Grundkonsens deutscher Politik. Das soll und muss auch so bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU und des Abg. Walter Hirche [FDP])

**Parl. Staatssekretärin Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast**

(A) Wer dagegen meint, ein Tabu brechen zu müssen, oder davon redet, geht einen gefährlichen Weg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen, gerade aufgrund der Zuspitzung im Nahostkonflikt und der in der Debatte geübten Kritik an dem Verhalten sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Seite muss peinlich genau zwischen dieser Auseinandersetzung und unserem Verhältnis gegenüber den jüdischen Bürgern und Bürgerinnen, die in unserem Lande leben, unterschieden werden. Das muss ganz klar werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Hans-Michael Goldmann [FDP])

In unserer Gesellschaft gibt es wahrhaftig kein Übermaß an Beteuerungen gegen Rechtsextremismus, Intoleranz und Antisemitismus. Leider gibt es immer noch ein Übermaß an ziemlich fatalen Äußerungen, aus denen sich Rassismus speist. Wir leiden auch immer noch darunter, dass viele wegschauen, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Religion oder Herkunft beleidigt und angegriffen werden. Die Bundesregierung tut viel, um zu erreichen, dass die Gesellschaft hinschaut, handelt und hilft. Im Bündnis für Demokratie und Toleranz bündeln wir alle Kräfte, die sich gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen engagieren. Zum Beispiel zeichnen wir junge Leute aus, die den Alltag der Juden während der NS-Zeit oder auch den Leidensweg ins KZ nachzeichnen. Der Victor-Klemperer-Wettbewerb zum (B) Beispiel dient demselben Ziel. Programme wie Civitas, Xenos und Entimon leisten Aufklärung und unterstützen Projektgruppen. Es ist wahrhaftig ein langer und mühseliger Weg, Jugendliche gegen braune Einflüsse resistent zu machen und ihnen Geschichtsbewusstsein zu vermitteln. Dabei haben wir noch nicht das erreicht, was wir erreichen wollen. Die Bundeszentrale für politische Bildung legt deswegen einen besonderen politischen Schwerpunkt auf diese Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe mit einem Zitat:

> Endlich muss die Pest ja doch einmal erschöpfen. Vielleicht verschwindet der Wahn, der so viele Gemüter betört und unsere ganze Kultur um 100 Jahre zurückgeworfen hat.

Diese Sätze stammen nicht aus diesen Tagen, sondern von dem Historiker Theodor Mommsen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Sie nehmen Stellung zu dem damaligen Antisemitismusstreit. Ihre beklemmende Aktualität gut 100 Jahre später sollte uns wohl nachdenklich stimmen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile dem Kollegen Jörg Tauss von der SPD-Fraktion das Wort.

**Jörg Tauss** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer Berliner Tageszeitung ist heute von der „liberalen Meinungsdiktatur“ die Rede. Gemeint ist damit wohl, dass es in unserer Gesellschaft Themen gibt, über die man geflissentlich schweigt – Themen, die tabuisiert sind. Damit kommen wir zu dem eigentlichen Problem der heutigen Debatte. Denn Möllemann und die FDP-Spitze bemühen sich, diesen gesellschaftlich geführten Antisemitismusstreit als mehr oder minder inszenierten „Tabubruch“ schönzureden. In diesem Zusammenhang kann auch ich Herrn Möllemann zitieren: (C)

> Wir müssen Dinge aussprechen, die von anderen Politikern, aus welchen Gründen auch immer, tabuisiert werden.

Über diesen Zusammenhang reden wir hier. Herr Möllemann verbindet seine Äußerung mit der Nahostpolitik. Es ist kein Tabu in unserer Gesellschaft, die israelische Regierung zu kritisieren, Herr Kollege Schmidt, aber es ist ein Tabu – darum haben Sie sich herumgemogelt, wie übrigens die anderen Rednerinnen und Redner Ihrer Fraktion auch –, mit antisemitischen Ressentiments Wahlkampf zu betreiben. Darum geht es in der Debatte, die wir hier zu führen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei haben Herr Westerwelle und auch Herr Gerhardt zu meinem großen Bedauern heute ihre Chance vertan.

Ich möchte noch einmal auf Herrn Möllemann zu sprechen kommen. Er sagte – das ist die Ursache der Debatte –, jüdische Mitbürger seien selbst die Verursacher oder trügen sogar selbst Schuld am Anwachsen des Antisemitismus. Das ist kein Tabubruch und wir sollten an dieser (D) Stelle Tabubruch auch nicht mit Antisemitismus verwechseln. Dieses Zitat ist Antisemitismus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Beck hat völlig zu Recht das Aggressor-Zitat gebracht:

> Ich würde mich auch wehren ... Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.

Was heißt das denn? Henryk M. Broder hat es sehr gut auf den Punkt gebracht mit seiner Feststellung, nach diesem Verständnis handelten deutsche Antisemiten und palästinensische Terroristen immer in Notwehr, egal, wie viele Unbeteiligte sie mit in den Tod nähmen.

Nein, Widerstandsrecht anzuerkennen kann nicht heißen, Selbstmordanschläge mit unschuldigen Opfern zu legitimieren, und Widerstandsrecht darf nicht mit Terror und Massenmord verwechselt werden. Auch hierzu hätten Sie heute klare Aussagen treffen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es aber einen Tabubruch gegeben hat, dann, wie gesagt, nicht den, dass die israelische Regierung oder Herr Friedman nicht kritisiert werden könnten. Zu sagen, dass man dies nicht könne, ist falsch. Das Problem liegt darin, dass behauptet wird, man dürfe die israelische

**Jörg Tauss**

(A) Regierung oder Herrn Friedman nicht kritisieren, obwohl man es in dieser Gesellschaft durchaus darf. Aus diesem Grunde irrt Möllemann und aus diesem Grunde ist sein Verhalten so problematisch. Es scheint Kalkül dahinter zu stehen. Wer nach einigen Wochen der Diskussion nur noch von einem Missverständnis redet, irrt sicherlich. Es geht in der Tat um Populismus. Der Populist, so möchte er gesehen werden, sagt frei heraus, was viele denken, sich aber nicht zu sagen trauen. Was gesagt ist, bleibt gesagt. Darauf scheint die Fußsohlenstrategie 18 zu setzen, nach der potenzielle Rechtsliberale unterstellen, dass er, Möllemann, noch nicht sagen darf, was er denkt, und ihn eben dafür wählen. Möllemann kann man an dieser Stelle eigentlich vergessen; denn Enzensberger hat es auf den Punkt gebracht: „Mittelmaß und Wahn verhalten sich komplementär zueinander.“ Damit ist zu Möllemann als Person eigentlich alles gesagt.

Es geht aber über Herrn Möllemann hinaus. Es geht darum, dass Herr Möllemann nicht nur dem Ansehen seiner Partei, sondern auch dem unseres Landes geschadet hat. Ich möchte einmal ein Beispiel bringen: Seit einigen Jahren lade ich israelische und deutsche Jugendliche nach Berlin ein. Es waren jedes Mal spannende und interessante Begegnungen. Das Bedrückendste bei den letztjährigen Gesprächen war übrigens, dass die Jugendlichen die Allgegenwärtigkeit ihrer Angst beschrieben haben, dass sie geschildert haben, dass sie in keine Diskothek mehr gehen können, dass sie kein normales Leben führen können. Schon aus diesem Grunde gibt es keine Rechtfertigung für den Terror. Ich frage mich, wie ich diesen jungen Menschen – in zwei Wochen wird wieder eine Gruppe in Berlin sein – die Debatte, die wir jetzt führen, und die Rechtfertigungen, die in dieser Debatte abgegeben werden, erklären soll. Wie soll ich erklären, dass sie

(B) selbst schuld daran sein sollen, dass sie kein normales Leben führen können und dass palästinensische Selbstmordattentäter Unschuldige mit in den Tod reißen?

Salomon Korn hat Recht, wenn er feststellt, dass der Tabubruch inszeniert sei. Leider muss man das um Folgendes ergänzen: Der Tabubruch ist inszeniert, um den eigentlichen Tabubruch, den Sie, meine Damen und Herren von der FDP, begangen haben, zu verdecken. Deswegen bleibt die Frage an Sie, Herr Westerwelle, bestehen – die Antwort steht noch aus –: Handelt es sich bei diesem Tabubruch tatsächlich um eine persönliche Auseinandersetzung bzw. um Missverständnisse oder handelt es sich um eine Strategie, die in Ihrer Wahlkampfzentrale – so kann man es in der „Zeit“ nachlesen – sorgfältig geplant worden ist? Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegenteil: In einem Interview, das morgen im „Stern“ erscheint, haben Sie, Herr Westerwelle, gesagt: „Tabuwächter können mir gestohlen bleiben.“

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ich habe gesagt: Diese Tabuwächter können mir gestohlen bleiben!)

Das heißt, Sie setzen auf die jetzige Debatte noch einen drauf. Diesmal werden wir Ihnen die entsprechenden Fragen nicht ersparen.

Auch Herr Westerwelle steht übrigens in einer Tradition interessanter Zitate. Er hat im Zusammenhang mit der

(C) Debatte über unsere Geschichte gesagt, die Jugend müsse vom Zwang befreit werden, mit gebeugtem Gang durch das Leben zu laufen. Lieber Herr Westerwelle, ich bin als Angehöriger der Nachkriegsgeneration mein ganzes Leben noch nicht gebeugt durch das Leben gelaufen. Aber ich habe immer versucht, mich an das zu halten, was Herr von Weizsäcker in seiner tollen Rede vom 8. Mai 1985 gesagt hat:

> Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen

– das gilt übrigens auch für viele alte Menschen –

> sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

Vor diesem Hintergrund kann man im Zusammenhang mit dem, was wir in den letzten Tagen erleben, nur von zentralem Versagen sprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie versuchen, die deutsche Politik aus der historischen Verantwortung herauszureißen und darauf Ihren Wahlkampf zu begründen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Westerwelle, distanzieren Sie sich von Herrn Möllemann! Bringen Sie die FDP auf ihre traditionelle Linie zurück! Das, was im Moment geschieht, hat mit einer liberalen Partei nichts zu tun, in deren Namen Sie noch heute zu reden glauben.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort der Kollegin Andrea Nahles, SPD-Fraktion.

**Andrea Nahles** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Wochen konnte man immer wieder beobachten, wie sich die FDP gefreut hat, da sie – angeblich – so viel Zuspruch insbesondere von jüngeren Menschen in Deutschland bekommen hat, und zwar deshalb, weil endlich jemand frei über das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte spricht. Es sei als Belastung empfunden worden, dass das vorher niemand getan habe. Hier genauso wie in der Debatte über das deutsch-israelische Verhältnis inszeniert sich Möllemann als großer Tabubrecher. Ich sage dazu: Wir brauchen Herrn Möllemann nicht. Wir brauchen auch keine Enttabuisierung. Wir brauchen vielmehr eine verantwortliche Erinnerungskultur in Deutschland. Wer als Jugendlicher oder junger Erwachsener in 20 oder 30 Jahren politische Verantwortung in Deutschland übernimmt, kann dies nicht ohne Erinnerung und Wissen über den Holocaust und seine Folgen tun.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies gilt übrigens für junge Menschen nicht nur in Deutschland, sondern auch in jedem anderen Land der

**Andrea Nahles**

(A) Welt. Es geht nämlich nicht um eine Schulddebatte. Viele jüngere Menschen können mit einer solchen Debatte – berechtigterweise – gar nichts mehr anfangen. Es geht vielmehr darum, zu verstehen, was passiert ist, den Wert unserer heutigen demokratischen Grundordnung zu erkennen und unsere Demokratie zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht außerdem darum, Vorurteile sowie rassistische und antisemitische Strömungen als gefährliche Irrwege zu erkennen, ihnen entgegenzutreten und einer Politik, die diesen Strömungen Vorschub leistet, nie wieder auch nur die leiseste Chance in Deutschland zu geben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau deshalb ist es unverantwortlich und unentschuldbar, dass Möllemann mit antisemitischen Denkschablonen hantiert. Er manipuliert Erinnerung, er verwischt Unterschiede und er deutet Geschichte um. Das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Westerwelle, Sie haben sich heute hier darüber empört, dass dies eine Wahlkampfveranstaltung sei. Wer den Wahlkampf als inhaltsleeres Projekt „18 Prozent“ inszeniert, wie Sie das tun, hat nicht die Legitimation, hier mit dem Finger auf andere zu zeigen. Das will ich ganz deutlich sagen.

(B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie tun mir im Übrigen auch fast Leid: erst großspurig Kanzlerkandidat und dann ohne Übergang Zaunkönig,

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das war jetzt eine echte Beleidigung!)

das ist schon ein schwerer Absturz, Herr Westerwelle.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Aber Leid tun Sie mir wirklich nur fast. Denn wenn man den „Stern“ liest, stellt man fest, dass Sie sich sogar damit brüsten – ich zitiere –:

> Es ist der FDP zu verdanken, dass die Schill-Partei nicht im Landtag von Sachsen-Anhalt sitzt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

– Ja, das steht wortwörtlich darin.

Die FDP will Protestpartei sein. Ich sage Ihnen etwas: Protest ohne eigenen Standpunkt ist Populismus,

(Beifall bei der SPD)

ein Populismus, der die Tür für mehr öffnet. Eine Partei, die sich unter ihrem Vorsitzenden Westerwelle hemmungslos dem Populismus öffnet, darf sich nicht wundern, wenn Möllemann mit Rechtspopulismus auf Wählerfang geht.

(Beifall bei der SPD – Sebastian Edathy [SPD]: Billigend hingenommen!)

Es geht heute nicht um Wahlkampf

(Lachen bei der FDP)

– lassen Sie mich das zum Schluss sagen –, es geht um die FDP. Sie sind der Vorsitzende der FDP. Er muss Richtung vorgeben und er muss auch Mehrheiten für seine Richtung organisieren können. Bis heute ist offen geblieben, Herr Westerwelle, ob Sie das einfach nicht können oder ob Sie es nicht wollen. Auf diese Klarstellung wartet das gesamte Haus.

(D) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, 6. Juni 2002, 9.00 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.02 Uhr)

(A) (C)

## Anlagen zum Stenographischen Bericht

### Anlage 1

**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

| Abgeordnete(r) | | entschuldigt bis einschließlich |
|---|---|---|
| Dr. Bartsch, Dietmar | PDS | 05.06.2002 |
| Beck (Bremen), Marieluise | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | 05.06.2002 |
| Dr. Bötsch, Wolfgang | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Brase, Willi | SPD | 05.06.2002 |
| Brudlewsky, Monika | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Bühler (Bruchsal), Klaus | CDU/CSU | 05.06.2002* |
| Claus, Roland | PDS | 05.06.2002 |
| Erler, Gernot | SPD | 05.06.2002 |
| Frick, Gisela | FDP | 05.06.2002 |
| Friedrich (Altenburg), Peter | SPD | 05.06.2002 |
| Dr. Grygier, Bärbel | PDS | 05.06.2002 |
| Hampel, Manfred | SPD | 05.06.2002 |
| Hoffmann (Wismar), Iris | SPD | 05.06.2002 |
| Irmer, Ulrich | FDP | 05.06.2002 |
| Jäger, Renate | SPD | 05.06.2002* |
| Jüttemann, Gerhard | PDS | 05.06.2002 |
| Labsch, Werner | SPD | 05.06.2002 |
| Leidinger, Robert | SPD | 05.06.2002 |
| Dr. Lucyga, Christine | SPD | 05.06.2002* |
| Maaß (Wilhelmshaven), Erich | CDU/CSU | 05.06.2002* |
| Neumann (Bremen), Bernd | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Onur, Leyla | SPD | 05.06.2002* |
| Palis, Kurt | SPD | 05.06.2002* |
| Papenroth, Albrecht | SPD | 05.06.2002 |
| Raidel, Hans | CDU/CSU | 05.06.2002** |
| Ronsöhr, Heinrich-Wilhelm | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Schily, Otto | SPD | 05.06.2002 |
| Schlee, Dietmar | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Schloten, Dieter | SPD | 05.06.2002* |
| Schmitz (Baesweiler), Hans Peter | CDU/CSU | 05.06.2002* |
| von Schmude, Michael | CDU/CSU | 05.06.2002* |
| Dr. Schockenhoff, Andreas | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Dr. Schwarz-Schilling, Christian | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Seehofer, Horst | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Siebert, Bernd | CDU/CSU | 05.06.2002* |
| Dr. Freiherr von Stetten, Wolfgang | CDU/CSU | 05.06.2002 |
| Trittin, Jürgen | BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN | 05.06.2002 |
| Wegener, Hedi | SPD | 05.06.2002 |
| Welt, Jochen | SPD | 05.06.2002 |
| Wettig-Danielmeier, Inge | SPD | 05.06.2002 |
| Wiesehügel, Klaus | SPD | 05.06.2002 |
| Dr. Wodarg, Wolfgang | SPD | 05.06.2002* |
| Zierer, Benno | CDU/CSU | 05.06.2002* |

(B) (D)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

** für die Teilnahme an Sitzungen der OSZE

### Anlage 2

**Nachträglich abgedruckte Antwort**

der Parl. Staatssekretärin Dr. Uschi Eid auf die Frage des Abgeordneten **Dirk Niebel** (FDP) (232. Sitzung, Drucksache 14/8828, Frage 9):

> Wie vereinbart die Bundesregierung die Gewährung finanzieller Hilfen an die Palästinensische Autonomiebehörde mit der Abschlusserklärung der UN-Konferenz „Financing für Development“ in Monterrey/Mexiko vom 18. bis 22. März 2002?

Die Bundesregierung sieht keinen Widerspruch zwischen der Abschlusserklärung der VN-Konferenz, „Financing for Development“ in Monterrey und der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten dient der strukturellen

(A) Verbesserung der Rahmenbedingungen und konzentriert sich auf die Schwerpunkte:

Wasserver- und Entsorgung und nachhaltiges und effizientes Wasserressourcenmanagement. Die enorme Wasserknappheit in der Region, die ungleiche Verteilung der Wasserressourcen sowie grenzüberschreitende Wasserläufe bergen ein erhebliches zukünftiges regionales Konfliktpotenzial. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit will hier einen Beitrag zur Krisenminderung leisten. Sie leistet damit im Übrigen auch einen Beitrag zur nachhaltigen israelischen Wasserversorgung, weil Israel mehr als die Hälfte seines Trinkwassers aus der Westbank bezieht.

Aufbau von Institutionen und Weiterqualifizierung des Humankapitals: Aufbau transparenter und im Sinne von guter Regierungsführung arbeitender Institutionen sowie Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, um einen Beitrag zur weiteren Demokratisierung der Palästinensischen Gebieten und dem Aufbau von Verwaltungsstrukturen zu leisten. Gute Erfolge zeigt dabei auch das über die Friedrich-Naumann-Stiftung implementierte Programm zur Förderung von Nichtregierungsorganisationen in den Palästinensischen Gebieten mit den Schwerpunkten Jugend-, Frauen- und Menschenrechts- und Demokratieförderung sowie Umwelt.

Förderung der Privatwirtschaft, um auch ökonomisch eine nachhaltige Entwicklung der Palästinensischen Gebiete zu unterstützen.

Zusätzlich baten Sie in der schriftlichen Antwort um (B) Erläuterung der Aspekte: Beurteilung der Menschenrechtssituation, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Stand der innerpalästinensischen Demokratie und Korruption:

Es sind zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern von der Palästinensischen Behörde sowie vonseiten Israels dokumentiert. Die Bundesregierung fordert in ihren Verhandlungen und Gesprächen nachdrücklich beide Seiten zur Einhaltung der Menschenrechte auf. Im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden auch über die politischen Stiftungen und Kirchen Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel Menschenrechtszentren, gefördert, um die Einhaltung der Menschenrechte zu verankern und zu befördern und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

Frauen sind in den Palästinensischen Gebieten im Familien- und Erbrecht benachteiligt. Mädchen und Frauen haben gleichberechtigten Zugang zu Bildung, auch im tertiären Bereich. Auch hier leistet die Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag über die Förderung von Nichtregierungsorganisationen.

1996 fanden demokratische Wahlen zum Palästinensischen Rat und des Präsidenten der Exekutivbehörde, Yassier Arafat, statt. Die für 1997 geplanten Kommunalwahlen wurden bislang mit der Begründung der anhaltenden israelischen Besetzung und der daraus resultierenden Nichtteilnahme Ost-Jerusalems verschoben.

Die Mittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden grundsätzlich projektbezogen zugesagt. Di(C)rekte finanzielle (Budget-)Hilfe wird nicht an die Palästinensische Autonomiebehörde geleistet.

Ihre Frage, wie der politische Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde aussieht, beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung steht im intensiven politischen Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, um die Lösung des Nahostkonflikts voranzutreiben und einen gerechten, dauerhaften Frieden zu befördern.

Dieser Dialog auf den verschiedenen Ebenen bezieht sich aber auch auf Fragen der Menschenrechte und Demokratisierung, guten Regierungsführung einschließlich eines transparenten staatlichen Finanzgebarens.

## Anlage 3

### Erklärung nach § 31 GO

**des Abgeordneten Meinrad Belle (CDU/CSU) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Durchführung der Flugverkehrskontrolle durch die Schweizerische Eidgenossenschaft über deutschem Hoheitsgebiet und über Auswirkungen des Betriebes des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland (Gesetz zu dem deutsch-schweizerischen Vertrag vom 18. Oktober 2001) (237. Sitzung, Tagesordnungspunkt 27 e)** (D)

Ich lehne diesen Entwurf eines Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft ab, weil er weder die Interessen der betroffenen Bevölkerung im deutschen Südwesten ausreichend berücksichtigt noch mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereinbar ist.

Für meine Ablehnung mache ich folgende Gründe geltend:

Erstens. Nachdem nach dem ablehnenden Entscheid in der Verkehrskommission des schweizerischen Nationalrats eine Zustimmung des Vertragspartners mehr als zweifelhaft ist, bindet sich die Bundesregierung durch die einseitige Ratifizierung vorab in einer unnötigen Weise. Sollte die Schweiz den Vertragsentwurf ablehnen, wird Deutschland gefordert sein, eine einseitige Rechtsverordnung zur Klärung der offenen Fragen zu erlassen. Durch die mit der Verabschiedung des Staatsvertrags auf deutscher Seite erfolgende Festlegung auf die dort genannten Parameter wird eine jetzt noch mögliche restriktivere Fassung der zu erlassenden Rechtsverordnung politisch unmöglich. Dies verletzt die Interessen der hauptsächlich betroffenen Bevölkerung in den Landkreisen Waldshut, Konstanz und Schwarzwald-Baar in schwerwiegendem Maße.

Zweitens. Es widerspricht der Tragweite des Vertragsinhalts, wenn die Dritte Beratung auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen in verbundener Debatte mit weiteren, mit der

(A) Materie nur mittelbar in Zusammenhang stehenden Tagesordnungspunkten vorgenommen wird. Offenbar sind sich Bundesregierung und Koalitionsfraktionen des mangelhaften Inhalts des Staatsvertragsentwurfs selbst bewusst, denn ansonsten hätten sie eine Beratung innerhalb eines eigenständigen Tagesordnungspunkts ermöglicht.

Drittens. Art. 24 Abs. 1 und Art. 87 d des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland regeln die Übertragung von Hoheitsrechten und bestimmen eindeutig, dass eine Übertragung von Hoheitsrechten – und um eine solche handelt es sich bei der Übertragung der Luftverkehrskontrolle – nur an zwischenstaatliche Organisationen zulässig ist. Die im Staatsvertragsentwurf vorgesehene Übertragung an die Schweizer Firma „Skyguide" ist von den einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes nicht gedeckt und folglich ist der Vertragsentwurf verfassungswidrig.

Viertens. Die im Vertragsentwurf vorgesehenen Regelungen betreffen ausschließlich das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Wenn nun in Art. 17 des Vertrags geregelt ist, dass die bilateralen Vereinbarungen zwischen der EU und der Schweizerischen Eidgenossenschaft von dem Vertrag unberührt bleiben, impliziert dies die Möglichkeit, die für das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland vorgenommenen Beschränkungen mit Verweis auf EU-Recht auszuhebeln, während das Territorium der Schweizerischen Eidgenossenschaft hiervon unberührt bleibt. Die Vehemenz, mit der die Schweiz in den Vertragsverhandlungen auf dem erwähnten Art. 17 bestand, bestätigt dies.

Fünftens. Die vorgesehenen Beschränkungen hinsichtlich der An- und Abflüge auf Zürich-Kloten über deutsches Hoheitsgebiet sind insbesondere mit Blick auf die zahlreichen und recht weit auslegbaren Ausnahmebestimmungen nicht dazu geeignet, die Tourismusregionen Südschwarzwald und Bodenseeregion in ihrer wirtschaftspolitisch bedeutsamen Entwicklung vor der Beeinträchtigung durch den Fluglärm zu schützen.

(B)

Sechstens. Der Vertragsentwurf lässt die Tatsache, dass sich die Warteräume ausschließlich auf deutschem Staatsgebiet befinden, unwidersprochen. Sonderbar ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bislang keine Veranlassung sah, gegen den Warteraum EKRIT, der sich über einer ganzen Reihe kerntechnischer Anlagen – Kernkraftwerke Leibstadt und Beznau, Zwischenlager Würenlingen – befindet, vorzugehen, was im Rahmen der Vertragsverhandlungen durchaus möglich gewesen wäre.

**Anlage 4**

**Antwort**

des Staatsministers Hans Martin Bury auf die Frage des Abgeordneten **Jürgen Koppelin** (FDP) (Drucksache 14/9188, Frage 2):

> Teilt die Bundesregierung die Vorwürfe des American Jewish Comittee (AJC), dass die Berichterstattung in den deutschen Medien wie „Süddeutsche Zeitung", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" „die tageszeitung", „DIE WELT", „Frankfurter Rundschau" sowie „DER SPIEGEL" dazu beiträgt, antisemitische Vorurteile zu produzieren oder auch erst herzustellen (AFP vom 28. Mai 2002)?

(C) Es ist nicht Sache der Bundesregierung, die Berichterstattung deutscher Medien zu kommentieren.

Es liegt bei den deutschen Medien, sich mit dem vom American Jewish Commitee in Auftrag gegebenen Gutachten und den damit verbundenen Vorwürfen auseinander zu setzen.

**Anlage 5**

**Antwort**

der Parl. Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks auf die Frage des Abgeordneten **Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU) (Drucksache 14/9188, Frage 5):

> Teilt die Bundesregierung angesichts des andauernden politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Osteuropa und Zentralasien die Auffassung des deutschen Vertreters im Gouverneursrat der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Staatssekretär Caio Koch-Weser, der sich für eine mittelfristig durchzusetzende Schließung der EBRD ausspricht (vergleiche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 21. Mai 2002)?

Staatssekretär Koch-Weser hat sich in dem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nicht für die mittelfristige Schließung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ausgesprochen. Wie aus dem Textteil des Interviews deutlich wird, hat Staatssekretär Koch-Weser lediglich angeregt, angesichts der erfolgreichen Arbeit der Bank im Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen sowie der GUS-Länder, über die Schließung der Bank nachzudenken. Die Überschrift des Artikels ist daher leider missverständlich; eine Debatte zur Auflösung der Bank wird nicht gefordert. In seiner Rede auf der Jahrestagung der Bank hat Staatssekretär Koch-Weser im Übrigen die erfolgreiche Arbeit der EBWE ausdrücklich gewürdigt und auch die Notwendigkeit eines weiteren Engagements der Bank beim Transformationsprozess zum Ausdruck gebracht.

(D)

**Anlage 6**

**Antwort**

der Parl. Staatssekretärin Margareta Wolf auf die Frage der Abgeordneten **Angelika Volquartz** (CDU/CSU) (Drucksache 14/9188, Frage 6):

> Welche Chancen sieht die Bundesregierung angesichts der dramatischen Entwicklung im Handelsschiffbau, die Weiterführung der Wettbewerbshilfe durchzusetzen und einzelne Bundesländer zu veranlassen, entsprechende Komplementärmittel bereitzustellen?

Die Weiterführung von Wettbewerbshilfen für Containerschiffe, Produkten- und Chemiekalientankern hängt insbesondere von der Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der europäischen Partner am 6. Juni 2002 im Industrierat ab. Denn dort steht der Kommissionsvorschlag für eine Verordnung über die Einführung befristeter Schutzmaßnahmen für den Schiffbau auf der Tagesordnung. Die darin vorgesehenen temporären Beihilfen sollen eine WTO-Klage gegen Südkorea flankieren.

Bisher konnte die notwendige qualifizierte Mehrheit nicht erreicht werden, da Frankreich, das für die notwendige

(A) Mehrheit hätte sorgen können, an einer Einbeziehung von Flüssiggastankern in den Kommissionsvorschlag interessiert war. Bislang sieht der Vorschlag nur für die Sektoren Containerschiffe, Produkten- und Chemikalientanker Wettbewerbshilfen vor. Das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Schweden, Dänemark und Finnland lehnten temporäre Beihilfen strikt ab.

Die Kommission kommt in ihrer jüngsten Untersuchung von Handelshemmnissen im Bereich Schiffbau (TBR-Bericht) zum Ergebnis, dass es weiterer Beobachtung bedarf, ob Gastanker von den unfairen Wettbewerbspraktiken Koreas nachhaltig betroffen seien. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission bislang den vorliegenden Vorschlag für einen zeitweiligen Verteidigungsmechanismus nicht auf den Schiffstyp der Flüssiggastanker ausgedehnt. Je nach Verlauf der Diskussion und Willensbildung im Industrierat ist die Bundesregierung vorbereitet, gegebenenfalls auch Kompromisse anzubieten, um das Zustandekommen der Verordnung zu ermöglichen. Ohne den Konsens der qualifizierten Mehrheit im Rat können weitere Wettbewerbshilfen im Schiffbau nicht durchgesetzt werden.

Zur Frage, welche Chancen bestehen, einzelne Bundesländer zu veranlassen, entsprechende Komplementärmittel für Wettbewerbshilfen bereitzustellen, gilt Folgendes: Die jeweiligen Landesregierungen entscheiden, in welcher Höhe die Küstenländer die im Haushaltsgesetz vorgesehene Zwei Drittel-Kofinanzierung erbringen. Die Bundesregierung wird diese in der Zuständigkeit der Länder liegenden Entscheidungen respektieren.

(B)

**Anlage 7**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Matthias Berninger auf die Fragen des Abgeordneten **Helmut Heiderich** (CDU/CSU) (Drucksache 14/9188 Fragen 7 und 8):

> Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des „Naturland“-Geschäftsführers („Hannoversche Neue Presse“ vom 25. Mai 2002), wonach „Öko-Produkte eben keine rückstandsfreien Produkte sind“ vor dem Hintergrund der Darstellung (dito, Seite 4), dass bereits im Dezember 2001 wegen der festgestellten Verseuchung von Ökogetreide mit Nitrofen beim „Naturland“-Verband „Alarm“ geschlagen worden ist, und wie erklärt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, dass sie bis heute noch kein Lebensmittel-Monitoring für Öko-/Bioprodukte geschaffen hat?
>
> Kann die Bundesregierung mitteilen, in welchem Umfang (Fläche, Erntemenge) anerkannte Öko-/Biobetriebe in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2001 jeweils Ölraps (eventuell unterschieden nach 00-Raps, Industrie-Raps usw.) angebaut und geerntet haben, und in welcher Form die Bundesregierung diesen Anbau nach Quantität und Qualität überprüft hat?

Zu Frage 7:

Die Produktion von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau unterliegt strengen Vorschriften, die einen Einsatz von chemisch synthetischen Pflanzenschutzmitteln grundsätzlich nicht gestatten. Leider ist es in einzelnen Fällen – wie auch bei konventionell erzeugten Lebensmitteln – nicht möglich, einen absoluten Nullwert bei bestimmten persistenten Wirkstoffen zu erreichen. Hierbei handelt es sich aber um nicht aktiv angewendete (C) Wirkstoffe, sondern um Altlasten, die eine Erblast der „chemischen“ Lebensmittelproduktion sind. Das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz gilt jedoch auch insoweit für Öko-Produkte.

Zu dem zweiten Teil der Frage ist festzustellen, dass die Durchführung der Lebensmittelüberwachung in der Zuständigkeit der Bundesländer liegt. Im Rahmen des Lebensmittelmonitorings wurden in der Vergangenheit auch Lebensmittel aus ökologischem Anbau berücksichtigt, allerdings aufgrund mangelnder Repräsentativität nicht veröffentlicht.

Deshalb hat der unter dem Vorsitz des Bundes zwei Mal jährlich tagende Bund-Länder-Ausschuss Monitoring bereits in seiner letzten Sitzung im November 2001 auf Vorschlag des BMVEL die Frage der Untersuchung von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau im Monitoring-Programm erörtert.

Damals haben die Länder jedoch mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass die Beprobung dieser Lebensmittelgruppe nicht im Rahmen des Lebensmittel-Monitorings, das eine repräsentative Beprobung verlange, sondern im Rahmen der allgemeinen Lebensmittelüberwachung erfolgen solle. Die Angelegenheit wird jedoch auf Initiative des BMVEL angesichts der neueren Entwicklungen im Zusammenhang mit den festgestellten Nitrofen-Belastungen erneut auf der nächsten Sitzung des Monitoring-Ausschusses am 28. Juni 2002 behandelt werden. Das BMVEL tritt auch weiterhin verstärkt dafür ein, Lebensmittel aus ökologischem Anbau in den Monitoring-Plan aufzunehmen und entsprechend auszuweisen. (D)

Darüber hinaus hat auch die allgemeine Lebensmittelüberwachung in den Bundesländern in den vergangenen Jahren Lebensmittel aus ökologischem Anbau bei ihren Überwachungsmaßnahmen berücksichtigt.

Zu Frage 8:

Die Zentrale Markt- und Preisberichtstelle GmbH (ZMP) hat aufgrund von Daten der zugelassenen Öko-Kontrollstellen eine Schätzung der Struktur der Landnutzung und Tierhaltung ökologisch wirtschaftender Betriebe in Deutschland erstellt. Nach diesen Schätzungen wurden Raps/Rübsen 1998 auf 3 500 ha, 1999 auf 4 500 ha und 2001 auf 3 000 ha angebaut.

In Deutschland sind aufgrund der föderalen Struktur die Bundesländer für die Kontrolle der Betriebe und Überwachung von Lebensmitteln zuständig. An dem Kontrollsystem für Bio-Produkte sind staatliche Überwachungsbehörden im jeweiligen Bundesland und private Kontrollstellen beteiligt. Die staatlichen Überwachungsbehörden entscheiden über die Zulassung der privaten Kontrollstellen und beaufsichtigen deren Arbeit. Die bundesweit zugelassenen 22 Kontrollstellen überprüfen die landwirtschaftliche Erzeugung, Verarbeitung, Verpackung, den Import aus Drittländern und die Kennzeichnung der Ökoprodukte im Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel.

(A)

**Anlage 8**

**Antwort**

des Staatsministers Dr. Ludger Volmer auf die Frage des Abgeordneten **Peter Weiß** (Emmendingen) (CDU/CSU) (Drucksache 14/9188, Frage 11):

Trifft es zu, dass die Bundesregierung eine Konferenz der deutschen Botschafter nicht aus den etatmäßigen Ressortmitteln des Auswärtigen Amts, sondern aus den Mitteln des Einzelplans 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) für „Maßnahmen im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung“ finanzieren will?

Dies trifft nicht zu. Alle Kosten der Konferenz werden aus den allgemeinen Betriebsmitteln des Auswärtigen Amts bezahlt.

**Anlage 9**

**Antwort**

des Staatsministers Dr. Ludger Volmer auf die Fragen des Abgeordneten **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU) (Drucksache 14/9188, Fragen 12 und 13):

Wird die Bundesregierung die vom Bundesminister des Innern, Otto Schily, im Rahmen seiner Rede auf dem Sudetendeutschen Tag am 18. Mai 2002 erhobene Forderung: „Im Sinne dieser deutsch-tschechischen Erklärung sollte sich die tschechische Seite aber auch entschließen, die Benes-Dekrete aufzuheben . . .“ auch offiziell gegenüber der Tschechischen Republik und gegenüber der EU-Kommission im Hinblick auf die laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik zum Ausdruck bringen?

(B)

Stehen nach Einschätzung der Bundesregierung die Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman zur Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat („Sie wollten ‚heim ins Reich‘, und dahin gingen sie auch“, veröffentlicht von dpa am 20. Mai 2002) und des tschechischen Vize-Ministerpräsidenten Vladimir Spidla („Er [der Aufschub] war eine Quelle des künftigen Friedens“ in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 18. Mai 2002) im Einklang mit dem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag von 1992 und wenn nein, in welcher Form gedenkt die Bundesregierung dies gegenüber der tschechischen Seite zu thematisieren?

Zu Frage 12:

Die jetzige und alle vorherigen Bundesregierungen haben die entschädigungslose Enteignung und Ausbürgerung Deutscher aus der damaligen Tschechoslowakei auf der Grundlage der Benes-Dekrete immer für völkerrechtliches Unrecht gehalten. Das hat Bundesminister Schily in seiner Rede zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Rechtsauffassung ist der Tschechischen Republik bekannt. In der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 erklären beide Seiten, dass jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Die Deutsch-Tschechische Erklärung stellt heute, wie von Bundesminister Schily ausgeführt, mit allen ihren Elementen die Grundlage unserer bilateralen Beziehungen dar. Im Übrigen hat die Bundesregierung – wie alle ihre Vorgängerinnen – zu keinem Zeitpunkt eine Verbindung zwischen dem Thema der Benes-Dekrete und dem von deutscher Seite nachdrücklich gewünschten und geförderten EU-Beitritt der Tschechischen Republik hergestellt. Auch Bundesminister Schily hat dies in seiner Rede nicht getan.

(C)

Zu Frage 13:

Nach der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 bleibt jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet und respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Die tschechische Rechtsauffassung ist der Bundesregierung bekannt.

Die Bundesregierung hält allerdings die Art und Weise, wie einige tschechische Politiker diese Rechtsauffassung formulieren, für nicht geeignet, den bilateralen Dialog „in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens“ (Zitat aus Nachbarschaftsvertrag von 1992) zu erweitern und zu vertiefen und weist darauf in bilateralen Gesprächen auch hin.

**Anlage 10**

**Antwort**

der Parl. Staatssekretärin Brigitte Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Benno Zierer** (CDU/CSU) (Drucksache 14/9188, Fragen 17 und 18):

Welchem Zweck diente der Einsatz der Schnellboote der Bundesmarine am Horn von Afrika, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Kosten für den An- und Abtransport der Boote rückblickend in keinem Verhältnis zu dem – angesichts der nur sehr kurzen Verweildauer der Boote am Horn – erreichbaren Erfolg der Aktion stehen?

Welchem Zweck diente der Einsatz der Fregatten der Bundesmarine am Horn von Afrika, und welche Richtlinien regelten den Einsatz beispielsweise auch mit Blick auf das Verhalten der Besatzungen im Falle eines Angriffs auf die deutschen Fregatten?

(D)

Zu Frage 17:

Auftrag der eingesetzten Kräfte ist und war es, im Einsatzgebiet den Schutz der internationalen Schifffahrt vor terroristischen Angriffen sicherzustellen und zu maritimen Abriegelungsoperationen beizutragen, um die Versorgung terrroristischer Gruppen oder deren Ausweichen über See zu unterbinden.

Deutschland stellte dazu einen Verband zur Verfügung, der unter anderem Schnellboote beinhaltete, da diese besonders für Einsätze im küstennahen Bereich geeignet sind. Einsatzschwerpunkt war die Überwachung der Meerenge „Bab el Mandeb“. Daneben waren sie ein geeignetes Seekriegsmittel, um wichtige Geleitschutzaufgaben für Koalitionspartner in dieser Meerenge durchzuführen.

Der einsatznotwendige Transport der Schnellboote per Dockschiff an das Horn von Afrika war die ressourcenschonendste Verlegemöglichkeit. So konnte auch sichergestellt werden, dass Materialerhaltungsmaßnahmen während des Einsatzes minimiert wurden.

Mit der Zuführung weiterer Kräfte aus dem Bereich anderer Nationen und einer Neubewertung der einsatzbedingten Bereitstellungserfordernisse von Seekriegsmitteln konnten die deutschen Schnellboote nach 3 Monaten Einsatzzeit ihren Einsatz beenden.

Zu Frage 18:

Die eingesetzten Fregatten führen ihren Auftrag überwiegend im Bereich der Hohen See des Einsatzgebietes aus.

(A) Der Einsatz der deutschen Marine wird im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ nach den von der Bundesregierung gebilligten Regeln – den Rules of Engagement – durchgeführt.

Im Falle eines Angriffes auf eine der Deutschen Einheiten haben diese das Recht zur Selbstverteidigung. Dazu stehen der Einheit alle an Bord verfügbaren Waffensysteme zur Verfügung, die unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel eingesetzt werden können.

**Anlage 11**

**Antwort**

der Parl. Staatssekretärin Brigitte Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Günther Friedrich Nolting** (FDP) (Drucksache 14/9188, Fragen 19 und 20):

Welchen Geldbetrag hat die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (GEBB) bisher aus welchen ihrer Geschäftsaktivitäten erwirtschaftet, der bisher unmittelbar dem Einzelplan 14 (Bundesministerium der Verteidigung) zugute gekommen ist?

Wie hoch ist der Geldbetrag, den die Geschäftsführerin, ihr Stellvertreter und die Leiter der Geschäftsfelder im Jahr 2001 für ihre Funktionen bei der GEBB erhalten haben, und wie hoch war die Abfindung der Geschäftsführerin bei ihrem Ausscheiden aus dem Amt?

(C)

Zu Frage 19:

Die GEBB hat bisher eine Liegenschaft aus dem so genannten GEBB-Portfolio veräußert. Es handelt sich dabei um das ehemalige Verpflegungsamt in Ansbach. Der Kaufpreis beträgt rund 1,1 Millionen Euro. Der Nettoverkaufserlös wird zur Rückzahlung des so genannten Vorgriffes verwendet werden.

Darüber hinaus konnten aufgrund der Beratungstätigkeit der Gesellschaft im Bereich des Bekleidungswesens Einsparungen in Höhe von 23 Millionen Euro erzielt werden.

Zu Frage 20:

Die von Ihnen weiterhin erbetene Information zu den finanziellen Leistungen an die Geschäftsführung der Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb und die Leiter der Geschäftsfelder betrifft gesellschaftsinterne Vorgänge. Die GEBB mbH wurde als privatrechtliche Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit geschaffen.

Allerdings hat der Bundesrechnungshof eine umfassende externe Finanzkontrolle, deren Ergebnisse dem Parlament zur Kenntnis gegeben werden.



Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-7980